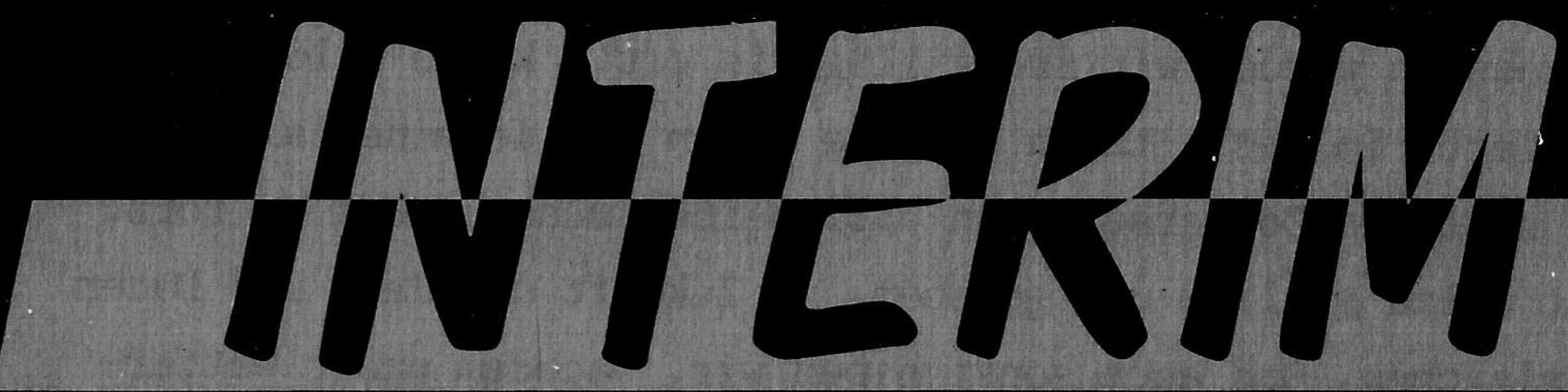


auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

Nr. 65

10. August 1989

VORWORT:

Hallo,

bei der nächsten Bußprozession werden wir freiwillig die erste Reihe bilden - uns ist unsägliches passiert: in der letzten Ausgabe waren die Termine falsch. Statt Freitag, den 3.8. hätte es Donnerstag den 3.8. heißen müssen, und so fort. Wir hoffen, es war nicht allzu schlimm und geloben, in Zukunft die Tage und Daten mit einem Kalender abzugleichen. Und auch sonst haben wir, nachdem unser Wetterfrosch von der Leiter gestürzt und es leid ist von uns durch Kreuzberg gescheucht zu werden, unsere Ambitionen, "Erstzeitung" zu werden, zurückgestellt.

Viel ist in der letzten Woche in unserer großen Stadt nicht passiert: die Birkenstr. 34 wurde besetzt und teilweise geräumt, die Weserstr. 39 ebenfalls (dazu erreichte uns leider kein Flugi), und Autos, Bagger und Villen wurden zu Objekten des Volxsports. Trotzdem wollen wir dieses Loch nicht mit irgendwe lchen Infos aus aller Welt füllen - so landeten eine Seite über den 1.Mai in der Türkei (die nichts Neues oder Einschätzendes enthielt) und ein Artikel über den - inzwischen abgebrochenen - Hafenarbeiterstreik in England im Ordner. Vielleicht könnt ihr ja mehr dazu sagen, warum gerade das für unsere Diskussion wichtig ist. Sicher sind wir da auch nicht gerade gradlinig: wennn uns was gefällt, kommt's rein. Wir hoffen, daß es von außen nicht zu sehr nach einem undurchschaubaren Roulettespiel aussieht.

Bedanken möchten wir uns für das Paket aus England, nur das Übersetzen bereitet uns ein wenig Probleme. Könnt ihr in Zukunft vielleicht selbst einen Teil übersetzen?

Inhaltliche Schwerpunkte in dieser Nummer bilden ein offener Brief an Christa Eckes zum Hungerstreik von zwei Frauen des Gefangenenkollektivs "bel fior" aus Köln-Ossendorf; er enthält allerhand Zündstoff. Weiter gibt es einen Ausschnitt aus einem 80 (!) seitigen Interview des ID mit der "radikal", in dem es um linksradikale Zeitungen und Infos, ihre Funktion und Perspektive geht. Das ganze Interview ist wirklich lesenswert und sehr bemüht, Fehler, Erfolge und Entwicklungen, soweit irgendwie möglich, transparent zu machen. Und es ist für 5.-DM <u>auf</u> jedem guten Ladentisch erhältlich. Auch einige Ausschnitte aus der Broschüre "Aufstand der Spießer - rechtsradikale Wahlerfolge und ihre Ursachen" sind noch in dieser Nummer.

Nochmal erinnern wollen wir daran, daß ihr uns möglichst alles bis Montag-Nachmittag zukommen laßt - für ganz dringende Sachen schauen wir aber auch noch mal Dienstag-Nachmittag in den Postkasten.

Ansonsten wünschen wir uns alle besseres Wetter,

Briefe, Artikel, Beiträge, Beschwerden, Termine und Bestellungen (ab 5 Ex.) wie immer an:

INTERIM
GNEISENAUSTR. 2a
1000 BERLIN 61

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



aus Köln-Ossendorf:

wir sind aus dem gefangenen kollektiv bel fior und haben uns am letzten hs beteiligt. wir sind in konflikte mit den gef der raf geraten. wir schicken euch 2 schreiben, in dem diese entwicklung zum ausdruck kommt. den offenen brief haben wir an christa geschickt. hoffentlich versteht ihr die entwicklung wie es von der freundschaft zum bruch kam. ein wendepunkt war als christa mir aus fröndenberg einen brief schrieb, ich solle silvia vvom hs abbringen, dürfe ihr diesen brief aber nicht zeigen, was ich doch tat, weil es sonst automatisch zur trennung von silvia gekommen wäre, weil wir uns als kollektiv bestimmten und sowieso die ganze post gemeinsam dikutieren.
der briefwechsel wäre auch interessant, weil wir auch darin schon einige widersprüche ansprechen.

wir selber sind in u-haft und wissen nicht genau wie es weiter geht.
hier auf der station gibt es viele alltägliche probleme.
die 2 fragmente von stefan wisniewski finde ich gut.

susanne u. silvia

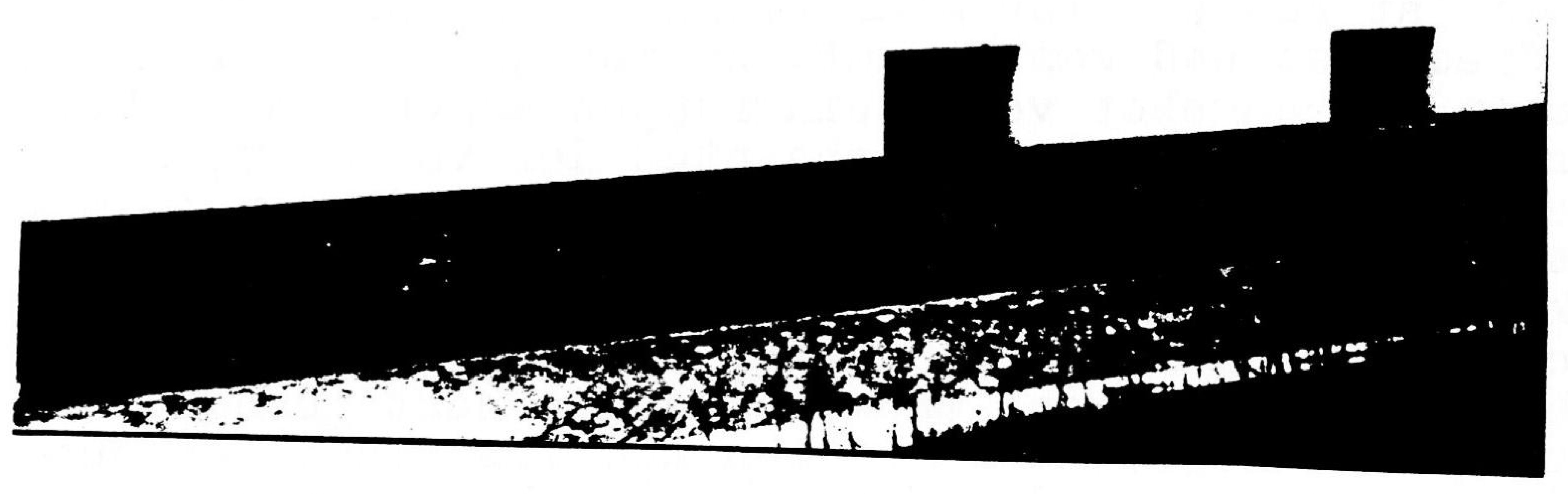
ciao

Silvia + Susa

susanne schöf
c/o amtsgericht bochum
viktoriastr. 14
4630 bochum

silvia engelke
landgericht aachen
adalbertsteinweg
5100 Aachen





Offener Brief an Christa Eckes

christa, 19.7.89

warum schreibe ich dir ? ich habe das gefühl ich muß es tun in dieser form, dass ich auf unsere persönliche beziehung bezug nehme. eine kurze beziehung, die ich mit sehr viel elan eingegangen bin, wo ich sicherlich viel draus gelernt habe. eine konsequenz, die ich daraus ziehe ist die, dass ich allen leuten aus raf und widerstand mit besonderer vorsicht gegenübertrete.
wieso kam es zu dem bruch ? du hättest sicher die möglichkeit gehabt, es zu verhindern. du hast auf meinen letzten brief nicht geantwortet. du hast nicht gerufen. es muß trotz unterschiedlicher meinungen nicht zu seiner einer trennung kommen.
ich denke worin du so verletzt hast, dass du nicht mit offenen karten gespielt hast. du hast unsere solidarität, die wir dir als kämpferin und gerade in der besonderen position als erste in der kette, entgegengebracht haben genossen. du lebtest eine zeitlang von uns, ohne dich wirklich mit uns zu verbinden. dem muß gar nicht widersprechen dass du dich in deinem kollektiv bestimmst, es hätte trotzdem eine solidarische verbindung zwischen uns geben können. manchmal denke ich, dass du die verbindung zu uns wolltest und auch unseren gemeinsamen plan gegen die verlegung anzukämpfen ernst gemeint hast. dann denke ich wieder, du hast uns das alles nur vorgemacht. oder du nimmst die sachen und menschen so wie sie dir gelegen kommen, einmal wir- einmal dein kollektiv.
eine richtige verschleppung war es doch nicht oder ?
es haben sich fast alle freiwillig in ein krankenhaus verlegen lassen. deine gesundheit war nicht in gefahr das stimmt.
ich denke schon, dass du von uns weg solltest oder vielleicht auch wolltest. vielleicht ist das auch der grund, warum die ganzen erklärungen zu deiner verschleppung nicht veröffentlicht wurden.
was uns auffiel, du sagtest einen tag vorher, sie würden wahrscheinlich einen anwaltsbesuch dazu benutzen, dich zu verlegen und am nächsten morgen gehst du zum anwalt ohne uns bescheid zu sagen, du hättest eben rufen können. wenn du doch nach fröndenberg wolltest, hättest du es auch sagen können. mein eindruck ist, dass es eine abgesprochene sache war und dass es den zweck hatte besser mit dir verhandeln zu können. denn nachdem du in fröndenberg warst gingen die verhandlungen los.
wieso reagiertest du so auf silvias hs, sie hatte ihre eigenen forderungen aufgestellt, du scheinst panik zu haben, dass sie die zl fordert. wieso das alles ? als sie dann abbrach, weil sie mit ihrer tochter unter druck gesetzt wurde, gab es keine solidarität von dir. noch nicht mal ein nachfragen. du selber hast ja abgebrochen.
zu dem zeitpunkt wurde offen, dass es nur um die 25 raf-gefangenen ging und ab da nur noch um den kinckel-vorschlag. damit habt ihr die anderen gefangenen auf solidarität zu euch reduziert. du weißt sicher noch, dass du mir bevor ich mich dem hs anschloß sagtest, kleingruppen kämen nicht in frage, diesmal gäbe es keine verhandlungen. weil ich hatte ja angst geäußert, dass ich in kleingruppen nicht erwünscht sei, worauf du mir vorwarfst, ich würde den counterdreck glauben. dass ist sowieso für mich ein problem, zu unterscheiden was counterdreck ist und was stimmt. zb ist ja wohl offensichtilich, dass ihr genau das angebot von kleingruppen angenommen habt, was anfangs der vs vorschlug. jetzt behauptet der vs im tv, dass ihr auf seine angebote eingegangen seid. was stimmt denn nun, mit wem habt ihr verhandelt und wie und warum macht ihr das nicht öffentlich. damit mal klarheit geschaffen wird.
du hast viele jahre im knast gesessen, du hast 10 hungerstreiks mitgemacht. du hast viel auf dich genommen und du hast gesagt, du seist froh an der spitze dieses hs zu stehen und ich glaube es auch.
dann hast du abgebrochen und später ein angebot angenommen. unsere kritik ist, dass du vorher anders geredet hast. wir haben einiges unserer eigenen probleme weggesteckt, um dir bei dieser

harten aufgabe soviel solidarität wie möglich entgegenzubringen.
du sagst, silvia habe dich bewundert und es sei immer so, dass ihr, heidi und du für die mitgefangenen das neue darstellt.
das ist eine fehleinschätzung. eine überhöhung deiner selbst.
du hast nicht hier im alltag mit uns gelebt, du kamst nur eine stunde am tag raus. so hast du vielleicht etwas deine sonderstellung provoziert. zur einschlußzeit bist du alleine duschen gegangen, weil du es so wolltest, genauso den einschluß wolltest du auch.
vielleicht ist das auch ein schutz gewesen, dich nicht mehr mit uns zu konfrontieren, um so als etwas besonderes erscheinen zu können. und was nur möglich war, weil du eine distanz zu uns aufgebaut hast.
als du aus fröndenberg zurückkamst, kamst du nicht nach haus 13 zurück, sondern gingst nach haus 14 und heidi nach fröndenberg.
der hs war noch nicht abgebrochen und trotzdem durftest du schon nach haus 14, war also die trennung zwischen heidi und dir schon aufgehoben. wir hörtenx, dass du nicht nach 13 dürftest, weil hier die solidarität zu groß sei und die andere version, dass du nicht wolltest, weil es dir zu stressig gewesen wäre mit uns. sicher wären viele fragen auf dich zugekommen. viele fragen, die jetzt noch unbeantwortet sind.
diese ganzen unklarheiten produzieren mißtrauen und distanz meinerseits. und das gefühl, dass da was faul ist und dass ich nichts mit euch zu tun haben will. ich will auch die zl mit euch nicht und ich weiß auch nicht, was ihr mit der zl wollt.
wenn du mal ehrlich sagen würdest, was alles in dir und um dich herum abgelaufen ist, wäre vielleicht wieder freundschaft zwischen uns möglich, die jetzt kaputt ist.
ich bin oft hier im knast so voller traurigkeit, weil ich weiß, dass es real wenig gibt, worauf ich mich stützen kann.
wir sind hier ein kleines kollektiv aber wir sind eins.
es wollen so viele kämpfen in den knästen und haben im letzten hs so viele mitgekämpft, ich glaube, dass hast du gar nicht wahrgenommen, was das bedeutet, weil du nur deine gruppe siehst.
du gehst irgendwie an dem neuen vorbei.
unsere freundschaft hast du abgelehnt und verraten und nun mußt du dich nicht wundern, wenn wir nicht mehr offen für dich sind, denn wir sind keine mitläufer und keine hinterherläufer.
wir finden dich feige, dass du uns nicht selber sagst, dass du mit uns nichts mehr zu tun haben willst, sondern eine mitgefangene damit beauftragst, die sicher nicht die ganzen hintergründe kennt, zumal wir sie nicht kennen und sie uns nicht.

susanne und silvia

-dieser brief findet eine öffentlichkekit, da von allenseiten fragen an uns kommen, was im hs abgelaufen ist und wir hoffen, dass du etwas klarheit bringst.

offener brief von susanne schöf und silvia engelke aus dem kollektiv bei fior-ossendorf haus 13 an christa eckes gef d raf haus 14

Bericht von Silvia Engelke zu den Erfahrungen im HS 89 vom 11.6.

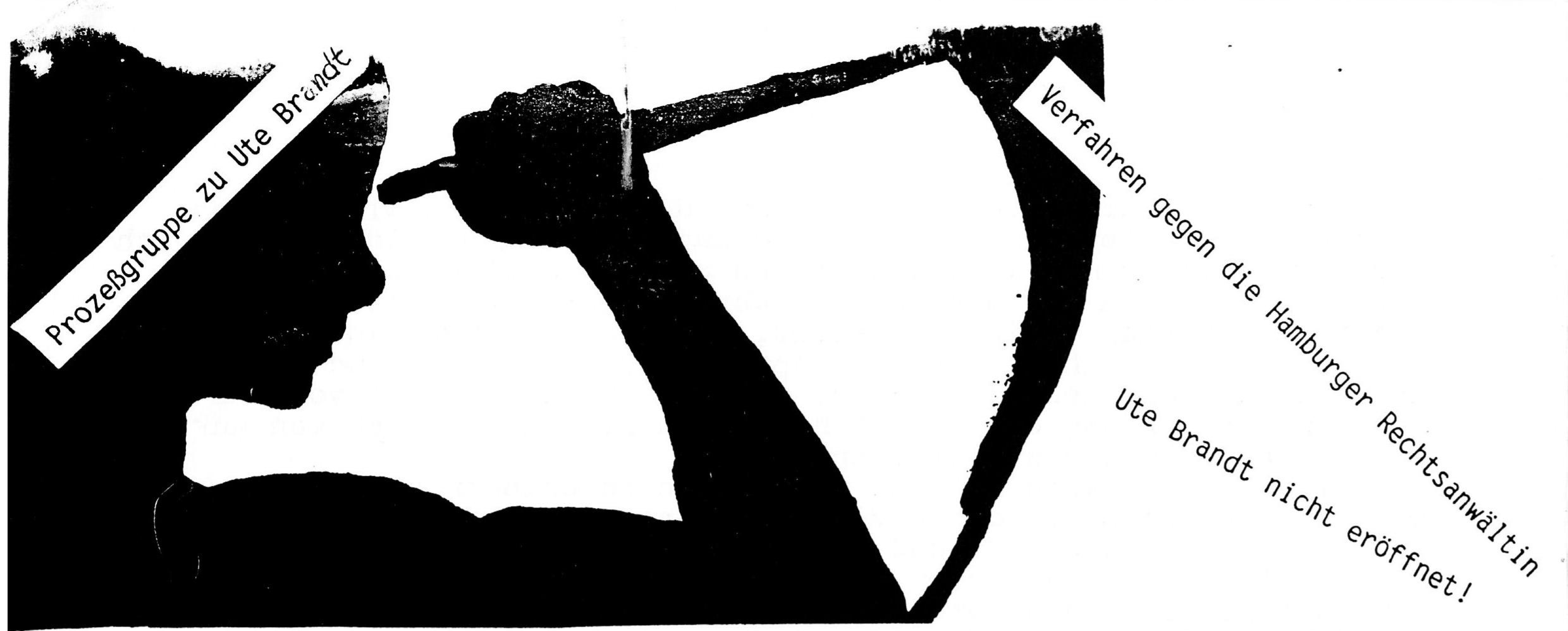
ich kam unmittelbar nach susanne auf station 13. zur damaligen zeit war ich sehr durcheinander und verwirrt. ich war gerade erst aus italienischer haft entlassen und wurde durch meine inhaftierung wieder mit einer neuen situation konfrontiert. hier lernte schnell hier einige gefangene kennen u.a. susanne. wir betasteten uns mit distanz und über angeregte gespräche lernten wir uns näher kennen. sie erzählte mir von ihrem genossen und fr und, der seit dez 88 in isolationshaft sitzt. christa war auf derselben station, allerdings war sie die meiste zeit eingeschlossen und wirkte auf mich sehr distanziert. über susannes gespräche erfuhr ich mehr über die haftsituation politisch gefangener und bald darauf ging christa in einen hs. dadurch wollte ich noch intensivere gespräche über die ziele und forderungen der politisch gefangenen. ich las alte hs-erklärungen von raf und widerstand und berichte von der grapo und fühlte mich durch diese inhaltlichen aussagen sehr stark dazu hingezogen. ich selber habe mit meiner tochter giada in italien u.a. auf der straße gelebt mit mehreren menschen. wir mußten einen harten kampf um unsere materielle existenz führen, es erforderte viel kraft und geduld. u.a. besetzten wir häuser und kirchen. ein täglicher kampf mit der polizei. in italien ist der kampf um wohnung und essen, um das alltägliche überleben weit ausgeprägter als in der brd. es gibt keine staatliche unterstützung wie arbeitslosen hilfe, sozialhilfe oder krankenversicherung. ich komme nicht aus einer konstanten politischen entwicklung, habe mich aber immer wieder damit auseinandergesetzt, wo ich möglichkeiten und wege sah. es scheint mir notwendig, neue lebensstrukturen zu schaffen, um ein menschenwürdiges leben ohne unterdrückung führ n zu können.
christa lernte ich bei unseren gemeinsamen hofgängen kennen. ich war sehr offen für sie und fühlte mich durch ihren kampf ihr emotional verbunden. über gemeinsame gespräche erfuhr ich einiges über die haftbedingungen der raf-gefangenen.
zwischen mir und susanne hatte sich inzwischen ein intensives nahes gefühl entwickelt. spontan schloß ich mich dem hs der politischen ~~xxxxxx~~ gefangenen mit meinen eigenen forderungen an. im knast erlebt man täglich das reduziert sein des eigenen fühlen und denkens. durch unseren hs waren wir massiven schikanen ausgesetzt. die allgemeine stimmung unter den gefangenen war derzeit explosiv. christa verhielt sich weiterhin offen und ehrlich so schien es wenigstens. ich schenkte ihr meine freundschaft und solidarität, heute weiß ich wie lästig es ihr gewesen sein muß. inzwischen waren wir mehrere frauen. c. _, g. b. ___, susanne und g. ___ (c. ___) aus berlin, eine mir sehr vertraute freundin in kurzer zeit. wir überlegten gemeinsam gegen christas verschleppung vorzugehen und sie zu beschützen. es hätte wege und möglichkeiten gegeben mit ihr auf die zelle zu gehen. susanne war da sehr direkt und sponten und bot ihre hilfe an. auch ich war bereit dazu, die anderen hätten uns dabei unterstützt. mit g. _ b. ___ gab es diverse schwierigkeiten zum damaligen zeitpunkt. sie boykottierte unsere pläne und unsere entwicklungen mit ihrer herumhängerei. dadurch mußten wir sie auch erstmal ausklammern. zu g. _ b. ___ möchte ich bemerken, dass ich anfänglich gemischte gefühle zu ihr hatte. sie kommt aus einer entwicklung, einer lebensstruktur, mit der ich auch draußen immer schwierigkeiten hatte. sie ist konsumorientiert was bis hin zur dealerei führt. sie vermasselte uns oft die stimmung und ansätze und löste ungemeine spannungen aus. c. _ und christa schienen eine sehr innige beziehung zu haben. es gab mir zu d nken, da c. _ bürgerliche und spießige gewohnheiten an den tag legt, außerdem denkt sie sehr ausländerfeindlich. in diskussionen kriegten wir öfter streit. christa schien das bewußt auszuklammern. kurz vor ihrer verlegung gab es einige gespräche mit ihr bezüglich ihres schutzes. christa holte uns am vortag ihrer verlegung zu sich auf zelle, was sehr selten vorkam, für mich das erste mal. während des gesprächs

betonte sie, dass sie nicht freiwiolig und nur mit rollkommando diese station verlassen würde. sie hatte bereits ein schreiben an die anstalt aufgesetzt. auch erwähnte sie, dass es üblich sei bei einem anwaltsbesuch abgefangen und weggeschleppt zu werden. daraufhin wareh wir sehr unruhig und susanne setzte sich gleich abends hin und schrieb eine erklärung gegen eine geplante verlegung von christa.
heute weiß ich, dass christa uns von anfang an getäuscht und belogen hat. ihr ging es dabei um was ganz anderes, vielleicht ein stück nähe und wärme, was ihr in den jahren verloren gegangen ist. christa wurde bereits am nächsten morgen bei einem anwaltsbesuch abgefangen und verlegt. wir setzten uns gleich hin und schrieben dazu berichte und erklärungen, um sie an verschiedene stellen weiterzuleiten. ich selber trat in einen solidaritätsstreik mit der forderung ihrer rückverlegung nach haus 13, bzw ein sofortiges telefonat, um mich nach ihrem wohlbefinden zu erkundigen. es wurde von der anstalt ohne begründung abgelehnt. inzwischen hatte sich auch g__ b_____ erneut an unserer gruppe orientiert und ging sofort mit in einen hs. c__ trat in einen sprechstreik, verweigerte jede anstaltskost und nahm nicht mehr an den hofgängen teil. mir, unerklärlich, da sie durch das nichtsprechen zu uns jede wichtige kommunikation ~~xxxxxxxxx~~ blockierte. diese bedenken wurden von rest des kollektivs zum diesem zeitpunkt nicht genügend aufgegriffen. g_____ (c___) war zwischenzeitlich plötzlich entlassen worden, was wir sehr bedauerten.
aus unserem gemeinsamen kampf gründeten wir das kollektiv bel fior. was den vorteil hat: gemeinsames leben und teilen, diskutieren und überlegen. ich denke, es ist sehr notwendig im knast kollektive zu gründen. nur so kann man sich gegen knastschikanen durchsetzen und grundsätzliche veränderungen erreichen.
wir schrieben in alle richtungen erklärungen zu unserem hs, christas verschleppungsaktion, berichte aus der knastsituation in haus 13 zu der zeit und das grundpapier unseres kollektiv bel fior. wir müssen davon ausgehen, dass diese schreiben von anfang an unterdrückt worden sind, da sie in keinem der infos erwähnt wurden. damals haben wir es alles nicht richtig verstanden und nach erklärungen gesucht.
heidi lernte ich kurz kennen und teilte ihr von unseren schreiben mit, auch dass wir in einem soli-streik waren und für christas rückverlegung kämpften. sie fand das alles ganz toll- ging aber weiter nicht drauf ein. aus haus 15, in dem heidi ist, kriegten wir überhaupt keine unterstützung für unseren kampf. wir haben es damals mit ihrem hs entschuldigt.
zwischenzeitlich hatte c___ eine blitzentlassung. wir waren sehr enttäuscht über sie, da sie sich nicht einmal von uns verabschiedete, obwohl es nur das bestätigte wie ich sie einschätzte.
zu g__ b_____ entwickelte sich durch unseren soli-streik ein neuer anlauf. auch heidi meldete sich zwischenzeitlich und wollte tabak von uns, bzw von susanne, obwohl sie wußte, dass susanne gegen das rauchen ist und nur ungern das rauchen anderer finanziert. g__ und ich liessen ihr tabak zukommen. auch hatte sie zwischenzeitlich vor ihrem hs freßpakete von susanne erhalten. g__ und ich hatten den 8 tägigen hs unterbrochen. etwas später gingen susanne und ich gemeinsam in die kette über. für mich war es eine spontane und direkte handlung, die auch u.a. mit meiner verbundenheit zu christa zu tun hatte. ich hatte emine eigenen forderungen aufgestellt und mich denen von hans deutzmann angeschlossen. in der zeit waren wir intrigen und schikanen mehr denn je ausgesetzt, wobei nicht zu unterscheiden war, ob es von den gefangenen oder schließern ausging. es war eine schwierige zeit und oft war ich am ende. in der zeit kam unheimlich viel auf mich zu und ich war dem allen nicht immer gewachsen. christa schrieb uns liebe zeilen, wir antworteten ihr lieb und kraftvoll zurück. wir verfolgten jede entwicklung des hs und diskutierten und überlegten weiter an unserem kollektiv, was noch in den anfängen stand.
christas brief an susanne war ein schock, wir waren enttäuscht und verletzt. sie forderte mich über susanne in indirekter weise auf, den kampf aufzugeben und sprach mir jedes recht ab. sie hatte nicht

3

einmal den mut, mir selber ihre widersprüche zu mir offen zu zeigen. ein zeichen ihres nicht-offenseins. die lage spitzte sich draußen wie drinnen zu. aus celle kamen grußkarten und schöne worte um nichts konkretes, eher so eine beruhigungspille, offen und ehrlich ist auch celle nie an unsere konflikte mit christa herangegangen. aufgrund des briefes an susanne schrieb ich christa einen wütenden brief zurück. zwischenzeitlich kamen so sätze von heidi, susanne und ich gehören nicht in die kette der hungerstreikenden und wir sollen nicht andere gefangene mit reinziehen. dadurch, dass wir nirgends bekannt waren und offensichtlich auch nicht angenommen wurden, hinkten wir immer mit unseren erklärungen nach und waren dadurch nie auf dem neuesten stand. christa schrieb erneut an susanne und warf susanne vertrauensbruch vor, da sie mir den brief gezeigt hatte. es wäre für susanne nicht anders möglich gewesen, da sie sich in unserem kollektiv bestimmen mußte. wir waren bereit die widersprüche mit ihr zu klären. christa schrieb mir einen brief der auf abbruch hindeutete. sie hatte mich weggetan. auf die unklaren gefühle und widersprüche ging sie nicht direkt ein. ich schrieb ihr einen versöhnlicheren brief und war bereit alles zu klärem. daraufhin kam keine antwort mehr zurück. als christa nach ossendorf zurückkam und in ein anderes haus übersiedelte waren wir anfangs sehr verwundert. heidi war zwischenzeitlich nach fröndenberg verlegt worden. es gab zwischenzeitlich auch kundgebungen, wo wir susanne und ich nicht erwähnt wurden. allerdings eine gefangene andrea ramin, die kaum ein bezug zur politischen entwicklung hat, wohl mit heidi emotional verbunden schien, übrigens eine freundin gaby bruchheusers. sie befand sich auch im hs und solidarisierte sich mit christas und heidis zusammenlegung. von christa haben wir dann zwischenzeitlich nichts mehr gehört und ich rief zu ihr von einem schulraum rüber, worauf sie zuerst nicht reagierte. nach mehreren rufen klappte es dann. die situation war sehr angespannt und wir redeten sehr oberflächlich miteinander. es bedeutete mir sehr viel überwindung zumal christa eine distanz zu uns geschafft hatte und mich als selbstbestimmte kämpferin ablehnte. ich hatte meinen hs abgebrochen. die ganze situation war so bedrückend und hatte mich geschwächt. hinzu kam druck von oben. sie wollten mir das sorgerecht meiner kleinen tochter giada (3 jahre) entziehen. da ist dann auch mein wunder punkt. es war eine schwierige phase zumal ich sehr unzufrieden war mit dem abbruch meines hs. susanne war dann auch erstmal alleine im hs und durch die ausgrenzungen, die von heidi und christa kamen stand sie in einer schwachen position und auch nicht genügend solidarität von ~~xxxxx~~ draußen.
gaby b hatte auch bereits den hs abgebrochen. zwischenzeitlich hatte ich ausienandersetzungen mit ihr. sie wühlte in meinen schwachen und wunden gefühlen herum und benutzte sie gegen mich, um mich damit fertig zu machen. sie wollte eine spaltung und benutzte susannes geschwächte situation dazu aus, um mich als fragwürdig und unehrlich hinzustellen. letzendlich knallte alles zusammen. als sie unverschämter weise ansprüche hatte, die ihr nicht zustanden. ich schrieb gaby noch einen brief und zeigte ihr meine widersprüche, um sie mit ihr zu lösen. gaby zog es vor uns zu provozieren und benutzte jede minute. es deutet daraufhin, dass sie eine schlägerei will. es kam zu einem krach, den wir öffentlich auf der station machten, da wir nichts zu verbergen hatten. christa ließ ich eine kopie des kritikbriefes zukommen. in der kirche kam dann christas reaktion. sie gab mir meine photos von meiner kleinen tochter zurück. ich hatte ihr auch was dazu geschrieben. ich habe sie verknickt und über die gefangene andrea (heidis und gabys) freundin) erhalten. ich wurde massiv bedroht, ich müsse aufpassen wie ich mit dem konflikt mit gaby umginge. sie betonte deutlich, christa würde ganz den kontakt zu mir abbrechen und fände den brief an

gaby einen hammer, obwohl sie es war, die mir damals widersprüche zu gabys verhalten zeigte. ich habe andrea darauf erwidert, dass ich die streitereien mit gaby öffentlich auf der station austrage. christas vorgehen hat mich nicht mehr so getroffen. ich habe dann auch eine distanz zu ihr aufgebaut, um mich auf unser kollektiv bel fior mehr zu beziehen. die widersprüche, die da sind sind nicht geklärt und ich ziehe jetzt eine öffentliche diskussion vor, um ein stück erfahrung des hs öffentlich zu klären, um mich von unklaren und miesen gefühlen zu befreien.
abschließend: christa hat uns von anfang an belogen und hintergangen. sie war eingeweiht in diese verlegung und machte uns was vor, um sich unsere freundschaft und solidarität beizubehalten. in wirklichkeit wollte sie keine zusammenlegung mit uns, sie war auf ihre gruppe fixiert, und nicht bereit andere kämpfende gefangene miteinzubeziehen. sie wußte von dem konflikt zwischen heidi und susanne und hat dazu beigetragen es zu schüren, um dann susanne damit zu unterdrücken mit der begründung susanne wolle eine gewisse klärung nicht. sie ist auf unsere widersprüche nie eingegangen stattdessen wirft sie mir/uns naives nicht politisch bewußtes verhalten vor. es war von anfang an ein oben/unten verhältnis, wobei die eigentliche drecksarbeit wir machen durften. christa benutzte unser vertrauen und unsere offenheit und zog sich immer auf ihre gruppe zurück. die freundschaft zu gewissen frauen ist sehr zweideutig. christa trennt eindeutig politisches von emotionalem oder gibt es wie im falle von carla vor. mir sehr fragwürdig, da ich nie freunde gewinnen kann, die gegen mein konzept arbeiten. die 4er gruppe hätte niemals angenommen werden dürfen, da es verrat an den genossen der gruppe und der kämpfenden gefangenen war. außerdem ist es verrat an der öff ntlichkeit, die hintergangen worden ist durch den hungerstreik. durch den hs fühlte sich die politische scene moralisch und emotional der raf verpflichtet und hat das eigentliche weltgeschenk zurückgestellt. alles war erstmal auf den hs fixiert. die verhandlunge wurden nur mit der raf geführt. die erklärungen der raf zum hs sind nicht übereinstimmend mit der wirklichen praktischen vorgehensweise. die kämpfenden gefangenen wurden von derx raf ignoriert und ausgegrenzt. es ist davon auszugehen nach meinen erfahrungen hier, dass die raf keine diskussion mit anderen kämpfenden gefangenen will, sich auf ihre gruppe zurückzieht und ausruht und ich mittlerweile in frage stelle, ob es überhaupt die gruppe als solche noch gibt. für mich ist die raf ein klingender name, sie sind inkonsequent, egozentrisch und elitär und wollen nur ein oben/unten verhältnis, in dem sie für sich das oben beanspruchen.
nachtrag: wo wir gerade dieses abtippen, hören wir gaby b. die wachtl kottensträter, die jede gelegenheit ausnutzt, uns zu provozieren, in ihre zelle rufen.und sie solle die türe zuschließen. wer schon mal im knast war weiß was diese intimität bedeutet.
11.6.89 köln ossendorf haus 13, u-haft silvia engelke aus dem kollektiv bel fior in kollektiver mitarbeit von ihrer genossin susanne schöf



Das Verfahren gegen Ute ist eingestellt. Das OLG Hamburg hat das Hauptverfahren nicht eröffnet. Gegen Ute wurde wegen Unterstützung nach § 129a ermittelt. Sie war als Anwältin von Rolf Heißler (Gefangener aus der RAF) angeklagt, ihn im Hungerstreik 1984/85 nicht vom Streik abgebracht, sondern darin unterstützt zu haben. Die Anklage gründet auf Verteidigerpost, die Ute beim Hungerstreik an Rolf schickte. Vorausgegangen waren den Ermittlungen Denunziationen eines ehemaligen Mandanten von Ute, Dirk Strandenaes. In der ganzen BRD liefen im Herbst 87 u.a. Durchsuchungen des Büros von Ute Brandt, Zellenrazzien bei Gefangenen, und zahlreiche Hausdurchsuchungen. Eine Frau saß wochenlang im Knast... Einzige Grundlage dieses Terrors der Bundesanwaltschaft waren die Aussagen des Denunzianten. Am Ende blieb das Verfahren gegen Ute übrig, welches nun auch eingestellt wurde.

Bei uns, der Prozeßgruppe, Ute´s MandantInnen, FreundInnen, GenossInnen, löste die Einstellung erstmal Freude aus, die Sektkorken knallten.
Bald wurde das Feiern von unseren Versuchen abgelöst, zu Einschätzungen zu kommen, warum das Verfahren eingestellt wurde.
Das Oberlandesgericht hat in seiner Begründung zwei wesentliche Punkte angeführt: Zum einen waren in dem Verfahren private Briefe an Rolf Heißler, die Ute geschrieben hat, bevor sie 1984 Rechtsanwältin wurde, wichtig für die sogenannte subjektive Tatseite. Das OLG mißt diesen Briefen keine beweiserhebliche Bedeutung für den Unterstützungswillen Utes bei, weil sie vor der Verteidigertätigkeit geschrieben wurden. Der zweite Punkt ist, daß die Verteidigerpost über den bei § 129a-Gefangenen obligatorischen Kontrollrichter lief. Das heißt, der Kontrollrichter hat Utes Post an Rolf gelesen und für nicht strafrechtlich relevant gehalten und sie an Rolf weitergeleitet, was das OLG jetzt nicht Ute anlasten will.
Weg läßt das OLG natürlich, daß das ganze Verfahren in der politischen Situation nicht den von der BAW erhofften Grundsatzcharakter gehabt hätte, der darin bestand, unliebsame RechtsanwältInnen auszuschalten. RechtsanwältInnen soll es verwehrt werden, den Hungerstreik ihrer MandantInnen und den Kampf um Zusammenlegung zu unterstützen. Sie sind nur genehm, wenn sie die Staatsschutzfunktionen erfüllen und dabei mitmachen, die Gefangenen gerade im Hungerstreik weiter zu isolieren.
Das Vorgehen der Justiz gegen politische Verteidigung hat Tradition; so wurden vor ca. 10 Jahren die Anwälte Croissant und Groenewold wegen ihrer konsequenten politischen Verteidigungstätigkeit zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Zahlreiche Ermittlungsverfahren wurden in den letzten Jahren gegen VerteidigerInnen besonders von Gefangenen aus der RAF geführt, die alle ähnliche Vorwürfe beinhalteten wie bei Ute Brandt.

Nun hat ein Oberlandesgericht diese Kriminalisierungsstrategie nicht mitgemacht. Es ist derselbe OLG-Senat (nur mit einem anderen Vorsitzenden), der vor einem halben Jahr das Urteil gegen Fritz Storim fällte und jetzt für dessen verschärfte Sonderhaftbedingungen verantwortlich ist.

Wir meinen, diese liberalere Entscheidung i. S. Ute Brandt und das harte Vorgehen gegen Fritz Storim stehen nicht unbedingt im Widerspruch. Mit dem Urteil gegen Fritz ging es zum einen mit der Kriminalisierung des Sabot um einen Angriff

auf autonome Kommunikationsstrukturen und damit auch um die Verhinderung der Diskussion um die Zusammenlegung; weiter sollte ein in Hamburg seit Jahren politisch tätiger Genosse unbedingt aus dem Verkehr gezogen werden. Zum anderen ging es darum, die Hamburger Autonomen einzuschüchtern, das Urteil ist zudem ein direktes Ergebnis der Hetzkampagne gegen die Hafenstraße in Hamburg.
Die Verurteilung einer Anwältin hätte demgegenüber Auswirkungen in der gesamten BRD gehabt. Sie hätte sich auf die Haftbedingungen zahlloser Gefangener ausgewirkt, sie wäre ein weiterer Schritt in Richtung der seit Jahren kontinuierlich fortschreitenden Einschränkung der Verteidigerrechte gewesen.

Es ist aber bestimmt nicht so, daß das OLG Hamburg sich hier gescheut hätte, bundesweite Maßstäbe in der Verteidigerkriminalisierung zu setzen. Es wäre jedoch ein reines Gesinnungsurteil geworden. Das Gericht bringt in seinem die Eröffnung des Hauptverfahrens ablehnenden Beschluß zum Ausdruck, daß es den Vorsatz nicht hätte beweisen können. Die Anklagekonstruktion war in diesem Punkt brutal einfach. Der einzige Beweis für den Vorsatz hätte in der Interpretation von aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten aus jahrealten Briefen gelegen. Mit einem solchen offensichtlichen Gesinnungsurteil hätte das Gericht auch große Teile der liberalen Öffentlichkeit aufgeschreckt. Die ´liberaleren`Justizkreise empfinden so etwas als ungeschickt, es führt die Klassenjustiz so richtig unverhohlen vor. Diese Sensibilisierung kam auch im Hungerstreik zum Ausdruck. Auch wenn die Forderungen der Gefangenen nicht durchgesetzt werden konnten, so werden doch heute von breiteren Kreisen der demokratischen Öffentlichkeit diese Forderungen getragen als vor dem Streik.
Das ist für die Verantwortlichen hier eine neue Situation, die Breite der Unterstützung für den Hungerstreik führte zu Widersprüchen quer durch den Apparat. Die Hardliner wollen an den Folterhaftbedingungen festhalten, andere setzen auf Zugeständnisse. Das Ziel ist gleich, bloß die Wege es zu erreichen sind unterschiedlich. Auf jeden Fall bekommt ihre vielbeschworene ´Einheit der Demokraten`Risse. Auch diese Widersprüche, z. B. zwischen BAW und OLG Hamburg, führten zur Einstellung des Verfahrens gegen Ute. Während des ganzen Hungerstreiks zogen sich verschiedene Linien durch. Auch andere Verfahren wurden eingestellt: z. B. ein § 129a-Verfahrens wegen eines Transparentes in Hamburg; einzelne wurden gegen Auflagen aus der U-Haft entlassen (Rolf Hartung aus Düsseldorf) usw..Auf der anderen Seite das Urteil gegen Ingrid Strobl, die Haftbedingungen für Fritz hier im UG-Hamburg, brutalste Häuserräumungen in der gesamten BRD, Haftbefehle gegen Renate und Burkhard, § 129a-Verfahren gegen die Antifa. Das ist widersprüchlich, Ausdruck der Situation.
Die moderne Klassenjustiz tritt nicht nur auf in der Form von ´Mini-Freislers`, die Horrorurteile fällen- Teile der Justiz sehen den Schein der Rechtsstaatlichkeit wesentlich effektiver gewahrt, wenn sie den § 129a nicht ekzessiv ausschöpfen, wie es die Bundesanwaltschaft mit ihren von der Beweisführung her abenteuerlichen Anklagekostruktionen z. B. gegen Ute beabsichtigt.
Es reicht, den § 129a streng ´rechtsstaatlich`anzuwenden, gelegentliche Freisprüche oder wie hier eine Nichteröffnung des Hauptverfahrens sollen die Glaubwürdigkeit erhalten.

Wir meinen, daß dieser ´Freispruch`für Ute zwar für uns persönlich ein Grund zum feiern ist, klar muß uns aber sein, daß Angriffe der Bundesanwaltschaft auf die Verteidigung jetzt nicht aufhören. Die Versuche, politische Verteidigung zu verunmöglichn laufen seit Jahren. Das Ziel war immer Ausschalten und Einschüchterung der RechtsanwältInnen und das wird auch so bleiben. Die oben erwähnten Kontrollrichter werden Verteidigerpost an die BAW weiterleiten, damit diese die Papiere ´rechtsstaatlich` überprüfen und evt. Verfahren gegen die übersendenden RechtsanwältInnen einleiten kann. Die Isolation der polotischen Gefangenen soll aufrechterhalten bleiben, auch wenn der Hungerstreik kleine Veränderungen zum Besseren gebracht hat. Deshalb ist es nach wie vor notwendig, die Zusammenlegung durchzusetzen.



aus: radikal - Ein Interview

ID-Archiv:
Die linksradikale Szene ist ja nicht gerade arm an eigenen Publikationen. So unterschiedlich die Richtungen (autonom, anarchistisch, antiimperialistisch), so vielfältig sind die Zeitungen. Neben überregionalen, nennen wir sie mal Strömungsblätter mit unterschiedlichem Selbstverständnis, gibt es seit ca. 2 Jahren in einigen Städten sogenannte Infosammlungen. U.a. erscheint in Berlin wöchentlich 'Interim', in Hamburg 'sabot', für das Rhein/Main-Gebiet gibt es 'Swing' und das 'Rhein-Main-Info'. Die Zeitungen veröffentlichen Flugblätter, Erklärungen und Texte zur linksradikalen Diskussion, meist unkommentiert und ohne größeren redaktionellen Teil. Manchmal bezeichnen sie sich selbstkrtisch auch als "Dienstleistungsunternehmen" für die Szene. Worin seht ihr die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der radikal zu anderen linksradikalen Zeitungen, und läßt sich daraus eine konkrete Perspektive für das Projekt 'radikal' entwickeln ?

radi:
du nennst ganz bestimmte beispiele aus ganz bestimmten städten: vor der 'Interim' in Berlin gab es die radi als Stadtzeitung, vor der 'sabot' in hamburg gab es die 'große freiheit' und vor 'swing' und 'rhein-main-info' die 'krasse zeiten' in rhein/main. zufall oder nicht, die beispiele sind treffend und leider einzigartig, oder? berlin, hamburg und rhein/main sind die zentren der radikalen linken, die metropolen. die geschichte und kontinuität der politischen arbeit wird an genau diesen drei punkten immer wieder zeitungen hervorbringen. ein großes ABER: obwohl sich viel dort konzentriert und impulse ausgehen, sind sie nicht repräsentativ. du kannst die zeitungen und infos gar nicht zählen, die in kleineren städten oder in der provinz kursieren, z.b. 'Hinterland' im wendland, 'aufruhr' im ruhrgebiet, 'freiraum' in bayern, alle mit ihrer eigenen geschichte.
unser verhältnis zu allen zeitungen des widerstandes ist durchweg solidarisch. mit fast allen ziehen wir am gleichen strang, auch wenn wir woanders anpacken. der zusammenhalt ergibt sich aus der gemeinsamen arbeit, denn mit jeder zeitungsarbeit veröffentlichst du dich auch selber, d.h. auch wenn wir die genossInnen nicht persönlich kennen, werden uns durch die zeitung ihre positionen und die menschen dahinter bekannter. hinter dem 'knispelkraant' haben wir lange vor dessen boykott ein kaderdenken vermutet, weil mit der zeitung eben kaderpolitik vermittelt wird.
früher hießen die zeitungen 'gegenwind, eschhausheft, blatt, große freiheit', um relativ bekannte zu nennen. lauter namen, die heute vielen nichts sagen. es waren regionale oder stadtzeitungen, die nicht allein infos von unten oder eine plattform für diskussionen gewährleisten wollten. die redaktionen hatten den anspruch, auch selber politik zu machen, d.h. linien verfolgen und statt relativ neutraler dokumentation besonders auswahl und bewertung derselben. im prinzip mußte der ganze inhalt der zeitung diskutiert werden, egal ob er von dir selbst oder von außen kommt. vom anspruch und arbeitsaufwand her, ist das ein großer unterschied zu den heutigen infosammlungen.
fast alle zeitungen sind verschwunden. wegen der repression,

und weil sie über jahre oft nicht das bewirken konnten, was sie anstrebten. dazwischen gab es den versuch, daß sich mehrere regionale redaktionen koordinieren und zusammen eine bundesweite zeitung herstellen. es war gedacht als schutz gegen die repression, und als versuch, über die bündelung der kräfte mehr wirkung und verankerung in der radikalen linken zu erreichen. das konzept einer bundesweiten autonomen zeitung, getragen von mehreren redaktionen, ist später von der 'unzertrennlich' aufgegriffen worden. aber trotz der 2jährigen praxis scheint auch hier nicht die struktur möglich, die das projekt tragen müßte.

die entwicklung der radi hat viel mit der geschichte anderer und den 'alten' ansätzen an zeitungsarbeit zu tun. wir haben wenig mitgemacht, aber umso mehr beobachtet. wir halten zwar auch eine bundesweite zeitung für notwendig, und es ist auch realistisch, daß besser viele gruppen ihre kraft in ein projekt reinstecken, als einzeln einzugehen. aber alleinige erwägungen der vernunft machen die praktische zusammenarbeit noch lange nicht möglich. wir haben uns rausgehalten, weil wir nicht nur eine bundesweite, sondern auch eine verdeckt organisierte zeitung wollten, und die damalige diskussion ging in die entgegengesetzte richtung. darin steckt keine wertung, weil es zu jedem ziel unterschiedliche wege geben kann. trotzdem können sie in der praxis konkurrieren. es gibt eh nur wenige genossInnen, die zeitungsarbeit zu ihrem politischen schwerpunkt machen wollen, und wenn es zu viele projekte gleichzeitig gibt, können alle an der aufsplitterung der kräfte scheitern. das ist keine theorie, sondern eine individuelle entscheidung die wir erlebt haben.

die vergangenheit kann in der kürze nur oberflächlich beschrieben werden, manche mögen uns kreuzigen. es kommt uns darauf an, daß die heutigen infosammlungen in einem zusammenhang gesehen werden. 'interim' oder 'swing' sind eine weiterentwicklung des alten stadtzeitungskonzeptes. sie fordern eine selbständige beteiligung nicht nur ein, sondern machen sie zur voraussetzung ihrer arbeit. das ist direkt und entspricht autonomem selbstverständnis. nicht einige spezialistInnen schaffen ein organ für alle und fördern bewußtsein, sondern sie bauen auf etwas vorhandenem auf. sie schaffen die voraussetzung, die technischen möglichkeiten für ein kommunikationsmittel, das, wenn es vorhanden ist, schon fast automatisch von unten genutzt wird. und wenn ein großteil der inhaltlichen verantwortung für die redaktionen wegfällt - denn es sind ja gar keine redaktionen mehr, die sich die verantwortung für das geschreibsel anderer reintun - dann können sie ihre kraft darauf verwenden, daß die zeitung häufig erscheint. und dann wird sie zum forum für aktuellen austausch und diskussionen. es ist ja so, daß die häufigkeit einer zeitung entscheidend dafür ist, ob und wie intensiv sie genutzt werden kann.

das wort "dienstleistungsunternehmen" verstehen wir weniger als selbstkritik, sondern als treffenden zynismus.

die genossInnen machen eine absolut notwenige arbeit, die für viele einen nutzen hat. sie stecken unbezahlte arbeitskraft in die verwirklichung einer voraussetzung, auf der alle aufbauen können, ohne daß bedingungen gestellt werden. ihre arbeit vermindert die arbeit anderer, also wenn konkret ein flugi oder ein diskussionspapier verbreitet werden soll, müssen nicht einzelne hundertfach durch kneipen laufen, sondern es nur in einen postkasten stecken. der umgekehrte weg wird auch erleichtert. es ist weniger notwendig, sich auf die taz zu verlassen oder die einzelnen infos sonstwoher zusammenzuklauben, denn du kriegst sie gebündelt und relativ aktuell in einer zeitung.

eine infosammlung können viele machen, wenn sie sich dafür zeit nehmen. obwohl deren notwendigkeit und praktischer nutzen für autonome strukturen offensichtlich ist, sind kaum welche dazu bereit. stattdessen werden manchmal erwartungen z.b. gegenüber der 'interim' formuliert, die an den absichten der genossInnen ziemlich vorbeigehen. warum müssen die soviel mehr verantwortung übernehmen, bloß weil sie etwas tun, was andere nicht auf die reihe kriegen? es ist doch klar, daß welche aus dem zugeschickten inhalt auswählen, und das passiert logisch nach den eigenen kriterien. es wird nirgendwo behauptet, daß sie für alle richtig oder allgemeingültig sind. wenn welche anders bewerten, dann sollen sie eine neue zeitung machen. das kann nur konstruktiv sein, weil die vielfalt ein bestandteil radikaler politik ist. es ist leider nicht unüblich, daß eher die praxis anderer kritisiert und miesgemacht wird, statt selber aktiv zu werden und es einfach besser zu machen.

das wollen wir in dem zusamenhang schon mal loswerden: im prinzip "dienstleistung" auch für andere. in der heutigen situation kassierst du für deinen idealismus den lohn der angst. leserInnen müssen befürchten, daß sie ein kommunikationsmittel verlieren, aber die redaktionen autonomer zeitungen dürfen sich über kurz oder lang auf prozesse und knast einstellen. in derselben zeit, wo du papier schichtest, beschreibst und versuchst, mit der verantwortung dabei klarzukommen, könntest du dir auch einen schönen lenz machen oder im lebendigen alltag mitdiskutieren und mitmischen. also eine "dienstleistung" wird normalerweise bezahlt, und wenn diese motivation wegfällt, muß ein anderes interesse vorhanden sein, mit dem soviel streß eingegangen wird. klar, es kann selbstzweck und eigennutz sein. speziell mit der radi könntest du dich daran berauschen, daß wir mit der macht der hohen auflage unseren senf durch die gegend pusten, weil allein das wort 'illegal' ansehen und prestige in gewissen kreisen einbringt.

wir würden uns wünschen, daß so manche leute ein bißchen weiterdenken, und dabei nicht vergessen, daß eine zeitung nicht unbedingt von machtbesessenen gemacht werden muß. vielleicht ist vorstellbar, daß aus einer kritik u.a. am monopol und der politik der taz etwas konstruktiv neues probiert werden könnte, das eher vertrauen als mißtrauen braucht. welche eine zeitung machen, stehen immer auf der patte, weil eine zeitung eben was öffentliches ist. uns persönlich wäre es recht, wenn andere den job weitermachen, denn dieses im rampenlicht stehen, würden wir oft und gerne gegen einen platz im publikum eintauschen.

empörung beiseite, zurück zur sachlichkeit. wir haben ja weiter oben versucht zu erklären, daß wir von der grundsätzlichen verbundenheit aller zeitungen ausgehen, die von unten gemacht werden und nicht gewinnorientiert funktionieren. daß einige anarchistisch oder antiimperialistisch argumentieren, und wieder andere antifaschismus oder klassenbewußtsein im betrieb zu ihrem schwerpunkt machen, ist eine stärke. all diese ansätze sind in der radikalen linken vertreten. wir denken, daß keine einzige position die alleinvertretung beanspruchen kann. wenn du so willst, ist das eine art arbeitsteilung. auch daß die meisten zeitungen legal und offen vertrieben werden und die radi verdeckt, sehen wir als ergänzung. im ersten fall entsteht gegenöf-

fentlichkeit durch - sagen wir mal - die dokumentation unterdrückter nachrichten und diskussionen, die anhand legaler strukturen viele erreichen können. im zweiten fall kann offen und deutlich position bezogen werden. das wird verboten, und deshalb sind die möglichkeiten der verbreitung begrenzter.

noch deutlicher wird die ergänzung, wenn du wirkung und inhalt der regionalen zeitungen mit der von überregionalen zeitungen vergleichst. erstere veröffentlichen kontinuierlich infos und ermöglichen lebendige diskussionen. nicht wenige greifen zum stift und schreiben ihre einschätzung auf, weil es eine zeitung gibt, die das veröffentlicht. wenn dann z.b. 'Swing' in anderen regionen ausliegt, können sich die dortigen genossInnen ein bild davon machen, was innerhalb der bewegung in rhein/main abläuft und gerade diskutiert wird. PRIMA! noch primeliger wär's, wenn jede region und bewegung ihre eigene zeitung hätte.

die radi ist erstens bundesweit und zweitens illegal. die ausgaben in großen abständen können weder eine regionale entwicklung vermitteln, noch in aktuelle entwicklungen eingreifen. aber wir können schwerpunktmäßig dort weitermachen, wo das regionale oder die reine dokumentation aufhört, bzw. auch in regionen forschen, wo es keine infosammlung gibt.

wenn z.b. tonnenweise flugblätter zu einem ereignis wie dem 1. mai in kreuzberg erscheinen, ist es notwenig, sie zusammenzufassen und wesentliche positionen herauszuarbeiten. erstmal geht es um die genossInnen in der provinz und in anderen politischen bereichen, die hauptsächlich auf die medienberichterstattung angewiesen sind, weil sie keine eigenen zeitungen oder korrespondentInnen vor ort haben. sowas könnte auch für berlin selbst notwendig sein, wenn sich dort keineR die mühe einer umfassenden nachbereitung macht, bzw. diese veröffentlicht. dasselbe gilt für den hungerstreik. trotz regionaler infobüros gibt es keine zusammenfassung der bundesweiten und internationalen solidaritätsaktionen. wenn du dir das info der angehörigen durchließt, entsteht das bild, der streik der gefangenen wäre allein von einer öffentlichkeitskampagne unterstützt worden. außerdem wird allein durch die gewichtung eine wertung des kampfes von gefangenen aus der guerilla zu anderen gefangenen vorgenommen. wir sehen das anders. es mag sein, daß viele direkte und militante aktionen im info deshalb fehlen, weil wegen der repression nicht

darüber berichtet werden kann. gut oder schlecht, jedenfalls ein beispiel der ergänzung, denn in der radi ist das möglich.
es fallen uns noch eine menge politische themen ein, die versanden oder oberflächlich bleiben, weil sich nicht weitergehend damit beschäftigt wird. wenn ein großteil der radikalen linken von einem ereignis zum nächsten hechtet, sollte die wiederholung von fehlern vermieden werden. dazu ist eine genauere aufarbeitung der kämpfe notwendig. regionale sammlungen wollen und können das nicht leisten, sie veröffentlichen das, was vorhanden ist. das tun wir zwar auch, aber bei einigen sachen können wir es nicht dem zufall überlassen, ob sich nun in der szene eine auseinandersetzung entwickelt oder nicht. schließlich ist unser blickwinkel ein anderer. wir versuchen regionale entwicklungen danach zu beurteilen, ob sie bundesweit von bedeutung sein können. die schwerpunkte der radi suchen wir auch unabhängig aktueller ereignisse, z.b. wenn sich regional etwas wiederholt, was mal grundsätzlich auseinandergenommen werden müßte. bei der nr.137 war ein schwerpunkt 'faschismus', vorher ging es um 'spitzel' in der radikalen linken und widerstand. in beiden fällen haben wir eine übersicht und zusammenfassung versucht.
noch ein punkt, an dem sich die arbeit ergänzen kann: in einigen großstädten besteht ein derartiges angebot an zeitungen, broschüren und flugis auch aus anderen regionen und ländern, daß nur ein bruchteil davon überhaupt gelesen werden kann. woanders existiert gar nix, außer der taz oder zeitweilig auch 'clockwork'. also während hier im überfluß ausgewählt werden kann, was du von woanders erfahren willst, besteht in dem woanders nichtmal die möglichkeit zur auswahl. der extrem unterschiedliche informationsstand begründet das gefälle innerhalb der radikalen linken, das zuallererst ausgeglichen werden muß, bevor über eine gemeinsame strategie auch nur spekuliert wird. es sei denn, sie beschränkt sich auf einen stadteil wie kreuzberg oder auf eine region wie rhein/main.
wenn in der radi inhalte auftauchen, die auf dem politischen stand in der provinz oder bei nicht so ganz radikalen menschen ansetzen, gibt es aus der metropole schelte: das wissen wir doch schon lange, sagen genossInnen. die arroganz in dieser sichtweise haben wir schon so fressen müssen, daß wir kaum noch darauf eingehen. bedauerlich ist nur, daß es schön wäre, wenn genossInnen bei sich mehr wert darauf legen würden, ihre politik und entwicklung nicht allein dem bewährten dunstkreis zugänglich zu machen. immerhin reden viele von perspektiven mit so wertvollen aber oft abstrakten begriffen wie 'revolutionäre basis' oder dergleichen. an dieser stelle hätten regionale zeitungen auch für unsere arbeit eine große bedeutung, wenn sie über die ursprüngliche region hinaus breiter verteilt werden würden. das ist aber leider nicht der fall, denn sie entstehen und wandern meistens nur von einer metropole in die andere, und die überwiegende mehrheit an unbekannten zeitungen geht überhaupt nicht rum. solang das so ist, werden in der radi immer wieder artikel oder flugis auftauchen, die in der metropole bekannt sind, aber woanders nicht.

so, jetzt sind wir am ende. das faß ist leer. immerhin ist sommer, und wir hocken hier rum, voller neid auf das leben draußen. wenn es nicht so verdammt wichtig wäre, was in diesen seiten von 5 jahren rüberkommt...
wir können uns das kaum noch vorstellen. vielleicht politrocker für die einen, und pubertäre schwachköpfe für die anderen. zum glück sind wir beides. aber bitte nicht vergessen, wir sprechen als eine gruppe nicht unbedingt für alle. trotzdem hoffen wir die gemeinsame basis hingekriegt zu haben, was meint ihr "alle"?
wenn uns welche jetzt ankacken wollen - unsere adresse ist bekannt. bitte nicht vorsichtig sein und mit balsam blubbern, wir vetragen harte kritik ganz gut, wenn sie ehrlich ist. wir sind auch ehrlich gespannt darauf. distanzierungen über die blume wandern in den müll, aber wir lesen vorher und wissen dann, warum ihr uns für trottelInnen haltet.
ansonsten sind wir froh, wenn die struktur bis in's unermeßliche wächst. wenn ihr wollt, bestellt die radi, beteiligt euch inhaltlich, macht eigene zeitungen, wir werden gewinnen. kein daumen der reglementiert. scheiß bullen, scheiß staat !

venceremos !

post nur im doppelten umschlag.
äußerer umschlag:
NN, Van Ostadestraat 133-D, NL-1073 TN Amsterdam
innerer umschlag: Z.K.

abo für 5/10 ausgaben gegen 40/80 piepen·nur bar und im voraus.

Was wahr ist wird auch in Zukunft geschrieben, gesetzt, gedruckt und vertrieben

Eines von mittlerweile mehreren Beispielen ...

„... des Angriffs durch/über den §129a in Hamburg auf uns, sind die Kriminalisierungs- und Einschüchterungsversuche, sowie die Verfahren gegen Einzelne, die vermeindlich etwas mit dem 'Sabot' (Hamburger Infosammlung) zu tun haben sollen.

Gerichtet gegen „die unbekannten Verfasser, Hersteller und Vertreiber...", sowie „... die Verantwortlichen". Dabei zielt der Angriff zum einen (und letztendlich) auf das Sabot' selbst, um unsere Kommunikationsstruktur zu treffen. Zum anderen als Spaltung. Es werden bestimmte Inhalte (z.B. Zusammenlegung) zum Anlaß der Ermittlungen herausgepickt. Als Versuch, entsprechend einer eigenen „Schere im Kopf", wegen der Bedrohung, von bestimmten Veröffentlichungen Abstand zu nehmen. Die Nichtveröffentlichung der gemeinten Inhalte soll zur Entsolidarisierung führen.

Die dritte Ebene ihres Angriffes auf unsere Strukturen ist der Kriminalisierungs-Tango, der Buchläden und Druckereien betrifft. Dabei geht es dann um alle auf ihren (Zensur) Index stehenden Texte, Druckschriften, Bücher, etc.. Immer wieder führt die Repression zu Durchsuchungen und Beschlagnanmungen.

Im Zusammenhang mit 'Sabot' gibt es diverse Verfahren gegen Verantwortliche (GeschäftsführerInnen) von Buchläden, sowie Einzelpersonen: Der Frauenbuchladen in der Bismarckstraße, sowie die Privatwohnung einer Frau, die mit dem Buchladen was zu tun hat, wurde durchsucht. Es gab zwei Hausdurchsuchungen bei dem jetzt verurteilten Fritz Storim. Die Buchläden 'Gegenwind' und 'Schwarzmarkt' wurden ebenfalls durchsucht. Es gibt Verfahren gegen die Buchläden 'Osterstraße' und 'Café und Buch'.

... und zwar betreffen dabei, was die Buchläden angeht, die Ermittlungsverfahren jeweils eine andere Nr. (Ausgabe).

So hatte z.B. der Buchladen 'Gegenwind' ein Verfahren wegen der Nr. 20, dies ist eingestellt worden. Dafür hat jetzt 'Café und Buch' ein Verfahren wegen der Nr. 20 (Zufallsfund bei einer Durchsuchung wg. 'E-colibri' Nr. 4).

Beim Frauenbuchladen ist es die Nr. 14, bei der 'Osterstraße' die Nr. 22, beim 'Schwarzmarkt' die Nr. 21 ....

Um allerdings zu einer umfassenden Einschätzung zu kommen, was dies alles bedeutet, müssen die jeweiligen Verfahren und Prozesse gegen die geschäftsführenden Verantwortlichen noch analysiert werden. Die Kriminalisierung schafft immer neue Möglichkeiten der Repression, denen wir entgegentreten müssen. Das 'Sabot' ist hier nur bezügl. der gewollten Unterdrückung das Mittel zum Zweck."

Ende 1987/Anfang 1988 wurde der Begriff der 'anschlagsrelevanten Themen' konstruiert. Diese Themen umfassen alle Bereiche, in denen Anschläge gelaufen sind oder laufen könnten (Flüchtlingspolitik, Gentechnologie, Sextourismus...). So rückt schon allein die Beschäftigung mit diesen Themen eine/n in die Nähe der 'TäterInnenschaft' ... .

Und nu ...

Gegen die linken Medien wird der §129a also in erster Linie als Zensur-Paragraph eingesetzt. Zwar findet „eine Zensur" staatsfeindlicher Schriften „nicht statt", dafür wird die Herstellung und Verbreitung dieser Schriften zur „Sympathiewerbung als Propaganda" erklärt und unter Strafe gestellt. Dabei ist der §129a so weit und schwammig gefaßt, daß er sich unbegrenzt als Zensurinstrument gegen jedes unliebsame Druckerzeugnis einsetzen läßt. Wurden gestern die VerbreiterInnen der Erklärungen bewaffnet kämpfender Gruppen verfolgt, soll heute bereits die Publikation „anschlagsrelevanter Themen" strafbar sein. Es werden sich also alle, die sich kritisch mit Staat und Gesellschaft auseinandersetzen, mit den §129a konfrontiert sehen. Und umso mehr wird die Zensur mit dem §129a greifen, wie die Betroffenen sich zensieren, d.h. sich das Recht nehmen lassen, **in aller Öffentlichkeit** all das zu schreiben, zu setzen, zu drucken und zu verbreiten, was wahr ist und publiziert werden muß.

Wir erklären, daß wir auch weiterhin jedes für uns wichtige Thema und Inhalt mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln der öffentlichen Diskussion zugänglich machen werden.

Weder werden wir uns ohne Widerstand kriminalisieren noch uns in die Illegalität treiben lassen.

Wir fordern alle Medien auf, sich einer breiten Kampagne gegen den §129/§129a und §130a anzuschließen.

Die Freiheit der Schrift und des Wortes ist nicht garantiert, sie muß erkämpft werden. Schließen wir uns in diesem Kampf zusammen!

Erklärung der MieterInnen und UnterstützerInnen der Birkenstraße 34

Wir,die MieterInnen im Haus Birkenstr.34 haben unser Haus besetzt,damit unsere Wohnungen keinem Wohnungsspekulanten in die Hände fallen.

Wir fordern vom Senat von Berl in,Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Spekulanten das Handwerk zu legen.Es geht nun nicht nur um das Haus Birkenstr.34,sondern auch um die Häuser Besselstr.5o und Nostizstr.49 .Alle drei Häuser gehören einem gewissen Herrn Schulz und seinem Compagnon Herrn Hamacher.Nachdem bereits die Häuser Beusselstr. und Nostitzstr. versteigert wurden,steht nun auch die Versteigerung der Birkenstr.34 bevor.Die Folge davon ist daßallen MieterInnen mit einer Frist von nur drei Monaten gekündigt werden kann.
Der Zweck der Übung liegt auf der Hand:nach erfolgter Luxusmodernisierung werden die Wohnungen nunmehr zu horrenden Preisen auf dem freien Wohnungsmarkt angeboten.Der größte Teil der Berliner Bevölkerung gehört jedoch zu den Durchschnittsverdienern und ist außerstande,hohe Mieten zu bezahlen.
Wir verzichten darauf hinzuweisen,wiedie Lage für Rentner aussieht.

Durch unsere Maßnahmen wird der Senat zum sozialen Handeln aufgerufen! Es geht nicht an,daß er einerseits dem Wohnungsspekulantentum Vorschub leistet,dazu noch öffentliche Gelder zur Sanierung bereitstellt und andererseits später aus Steuergeldern Mietkostenzuschüsse zahlt.Hinzu kommt noch,daß die Mieter,die meist über Jahrzehnte in ihren Wohnungen gelebt haben,nun auch noch den Wohnungsmarkt belasten.
Wir erwarten vom Senat von Berlin eine verbindliche Zusicherung von Maßnahmen,die unsere Wohnungen erhalten und zwar zu einem Mietpreis,der für den Durchschnittsbürger erschwinglich ist.Hier ist die Gelegenheit für den Senat von Berlin Akzente zu setzen für eine soziale Mietpreispolitik!!

Diese Gelegenheit hat der Senat böswillig verspielt.Am Donnerstag,3.8.um 9^{30} stürmten ca. 16o Polizisten,die ersten behelmt und mit gezogenem Knüppel,ohne Vorwarnung in unser Haus.Dann durchsuchten sie die vermeindlich besetzten Wohnungen.Die im Hausflur anwesenden MieterInnen und deren UnterstützerInnen mußten in Panik flüchten.Davon war auch eine gerade anwesende Pressevertreterin (Radio 100) betroffen.Danach wurde unser Haus von der Polizei abgeriegelt,besorgte BesucherInnen mußten sich ausweisen und wurden schikaniert.Bauarbeiter begannen dann unter Polizeischutz,die bislang leerstehende Ladenwohnung,für die ein gültiger Mietvertrag besteht,zuzumauern.Zu den unerträglichen Zuständen im Haus kommt also jetzt noch die Verschandelung unserer Fassade.
Nach vier Jahren illegalem Leerstand kam nun plötzlich das Wohnungsamt,fünf Minuten später sogar die AL,wahrscheinlich, um nach Jahren des Desinteresses Bürgernähe zu demonstrieren.
Dieses plötzliche Interesse der Zuständigen zeigt uns,daß wir nicht bitten dürfen,sondern fordern müssen.Der Senat muß gezwungen werden,die Interessen der MieterInnen und der Wohnungslosen gegen die Spekulantenmafia durchzusetzen.
Der unverhältnismäßige Polizeieinsatz soll unseren Widerstand kriminalisieren:NachahmerInnen sollen abgeschreckt werden.
Das lassen wir nicht zu! Wir wissen daß wir uns nur gemeinsam erfolgreich gegen die Wohnungspolitik wehren können.
Wir werden deshalb in der nächsten Woche einen Infoladen in der Birkenstr.34 eröffnen,wo wir uns treffen können,um unseren Kampf gegeb Wohnungsnot und Ausbeutung durch die Mieten zu organisieren. WIR WEHREN UNS-JETZT ERST RECHT!

Letzte Meldung:Die Polizei versucht weiter,die MieterInnen durch massive Präsenz einzuschüchtern.Das Haus wird durch stündliche Sreifen überwacht,in der Nacht von Donnerstag auf Freitag wurde nocheinmal gestürmt.Erst nach Protesten der MieterInnen und der Aufforderung einer anwesenden AL-Abgeordneten wiesen sich die Beamten aus.
Heute(Freitag) werden die BewohnerInnen ihre Forderungen persönlich bei Bausenator Nagel vorbringen.

Berlin, 4.8.87

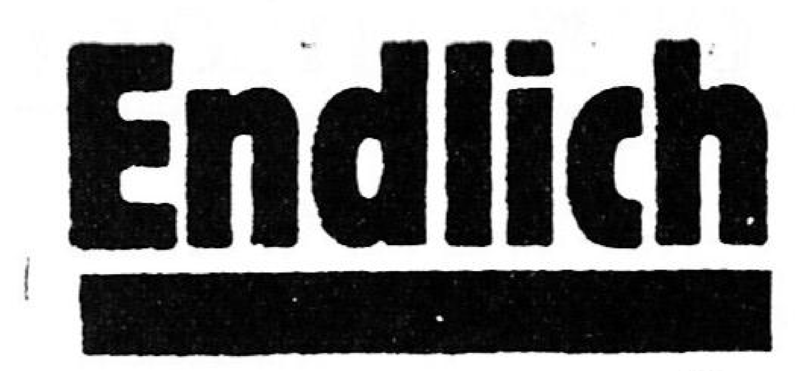
HAUSSPORT

ene mene miste - platt ist thieles kiste !
ene mene muh - kampf der DVU !

seit samstagnacht (5.8.89) hat thieles mercedes nur noch altbauwert. jürgen thiele (alt-tempelhof 33, 1-42) ist hausverwalter der häuser des DVU-faschisten gerhard frey. in dieser funktion tut er sich durch terror gegen die bewohnerInnen hervor. wir hoffen, daß thiele durch diese aktion so sehr mit der instandsetzung bzw. luxussanierung seiner kiste beschäftigt ist, daß die mieterInnen eine zeitlang ruhe vor ihm haben.

keine miete der DVU !
enteignung aller spekulanten !!
keine weiteren räumungen, wie in der weserstr. 39 am freitag !

zorniges mieterInnen
kommando



Wir erfüllten uns einen Traum:

Am SONNABEND, 5. AUGUST 1989



Wir Die Häuser von Spekulanten





Guttmann und Klaus Axel Groenke Spekulanten

der Klingbeil-Gruppe

Die Klingbeilmafia meinte in der Koloniestr im Wedding guterhaltenen Wohnraum abreißen zu müssen, um einen profitablen Neubau hochzuziehen.

Der weitere Abriß wurde u.a. dadurch verzögert:

In der Nacht vom 6.8.89 fackelten wir genau da 3 Abrißbagger ab.

Eure

Berliner Anti-Abriß-Brigade

Offenen Worte an einen Redakteur der Interim

lieber genosse redakteur!

deine stellungnahme zur anti-yuppie-front aktion und zum abdruck der beiden briefe finden wir dermaßen gut, daß wir dir das unbedingt schreiben wollen.du hast uns sozusagen aus der seele gesprochen. wir wollen im folgenden noch ein paar gedanken von uns aufschreiben. herzliche grüße!

einige autonome frauen und männer

wir können uns noch sehr gut erinnern, was nach kübel los war. die taz, diverse "unabhängige" vereine u. projekte wie z.b. der verein so36, erneuerungskommission, stattbau usw., eben genau solche leute wie eichstädt, trisolini, härtig -der ganze klüngel- jaulten um die wette und kein argument war ihnen zu blöd, um es gegen kübel und die autonomen insgesamt zu verwenden. genau dasselbe bei der aktion gegen stattbau. immer, wenn es darum geht, radikale linke politik zu diffamieren und lächerlich zu machen,sind sie ganz vorn. das ist auch gar nicht verwunderlich, denn sie haben nun mal andere interessen als wir. ihnen geht es nämlich um "die modernisierung des kapitalismus und die reform des sozialstaats" oder veranschaulichter ausgedrückt konkret um ein "mischsystem aus privaten initiativen u. staatlicher miet- und wohngarantie, nach der realpolitischen devise, daß zwischen WG und instandbesetzung, IBA, mietergenossenschaft u. wohnregal alles möglich sein soll" (taz 21.9.87)
die jetzige argumentation frau trisolinis und ihrer beiden mitbewohnerinnen ist wirklich nicht die neueste. wir haben da noch deutlich die distanzierung zur kiezdemo 87 vor augen. eines ihrer lieblingsargumente, nämlich das der hauptfeindverkennung taucht regelmäßig wieder auf. 87 hieß es: "euer feind scheint nicht mehr in bonn, im rathaus schöneberg oder am kurfürstendamm zu sitzen, sondern in der AL, bei S.T.E.R.N. und in den mieterläden usw."
und aktuell: "ihr wißt offenbar, daß wir die neuen bosse, die neue mafia sind"
das mit dem rathaus schöneberg dürfte sich ja inzwischen durch die letzte wahl erübrigt haben für sie. wie schnell sich doch die zeiten ändern!
tja, mit dem großen hauptfeind ist es eine relativ klare sache, schwieriger wirds da mit den kleinen nebenfeinden, ohne die es der große hauptfeind verdammt schwer haben würde.
diese "kleinen", die sich-staatsloyal,wie sie nun mal sind- zu handlangerinnen u.handlangern der großen machen und zunehmend von der macht ein stück abkriegen, sie sind es allzu oft, denen wir im alltag, da wo wir wohnen, gegenüberstehen.
im übrigen ist frau t. nicht erst seit dem 1.mai publikumswirksam in erscheinung getreten. durch die jahrelange arbeit der stadtteilgruppen und z.b. die aktionen gegen maxwell u. stattbau wurde die funktion von integrationsprojekten in der linksradikalen szene breit diskutiert. in frau t.s kreisen wurde auch diskutiert, aber anders. in einer groß in der taz aufgemachten diskussionsrunde vertrat frau t. die meinung, daß diejenigen, die solche aktionen machen, "sich als irgendwelche befreier für ein sauberes k36 hinstellen". auffällig, mit welcher vehemenz sie noch heute versucht, die autonomen in die faschisten-ecke zu stellen.

was die briefe von frau trisolini und den anderen beiden frauen betrifft: wirklich geniale diskussionsbeiträge. ein schlechter witz. auf die vorwürfe gehen beide briefe nicht ein, dabei wärs doch wirklich spannend gewesen, was sie zu dem fernsehstatement bezüglich der gasgranaten zu sagen haben. aber um diesen heiklen punkt drücken sie sich. sie wissen nämlich ganz genau, daß niemand außer den bullen gas aufs fest geschossen oder geschmissen hat.aber um diejenigen, die sich an der 1.mai- randale beteiligt haben, in den dreck zu ziehen,schreckt frau t. auch nicht vor solchen üblen verleumdungen zurück. da können auch wir nur sagen: halten sie die fresse frau t.!

was heidi u. sabine angeht, haben sie eigentlich ganz recht mit ihrer definition von denunziantentum. deshalb ist z.b. ein herr nowadkowsky ein denunziant und frau trisolini macht sich zur vorreiterin alternativen denunziantentums. also bitte etwas mehr genauigkeit beim lesen von erklärungen! aber mal ganz abgesehen davon, trauen wir frau t. alle möglichen schweinerein zu, wenn wir uns ihre geschichte so angucken.

der widerstand im stadtteil ist für uns nach wie vor ein wichtiger bestandteil linksradikaler praxis. dabei denken wir nicht nur an die integrations-u. befriedungsaktivistINNen, aber auch an die. und frauen und typen, die bewußt den bullen in die hände arbeiten, werden wir auch so entgegentreten.

liebe grüße an die anti-yuppie-front!

über die "eat the rich" aktion und "prol power" haben wir uns auch gefreut.

Jugendsenatorin ließ Situation junger Kreuzberger untersuchen

Noch mehr Demokratie wagen

Lob vom Senat, Funkstille in der Polizeistatistik

Gute Erfahrungen mit der „Legalisierung" der Wohnverhältnisse in ehemals besetzten Häusern

Von Otto Jörg Weis (Berlin)

Stärkung der Stadtstruktur

Wie schafft man sozialen Frieden in Kreuzberg?

Bessere soziale Mischung

Rasche Hilfe für SO36

Lehrer und Architekten kaufen sich ein

Tagung in Kreuzberg

Was aus der B



Die Bullen haben auf uns geschossen.

Freitagnachmittag wurden 2 von uns von einem Peterwagen der Davidswache in der Bernhardt-Nocht-Str. gestoppt. Die Bullen wollten einen Haftbefehl vollstrecken, wegen einer nichtbezahlten Geldstrafe. Vier Leute von uns haben das mitbekommen und sind auf die zirka 50m entfernten Bullen zugelaufen; weil wir hier nicht einfach zugucken wie Leute von uns abgegriffen werden.

Die vier waren noch ne´n gutes Stück von den Bullen entfernt, als plötzlich der eine Bulle in schneller Reihenfolge 4 Schüsse, 3 über die Köpfe hinweg und einen gezielten Schuß abgab. Dieser Schuß ging einem von uns zwischen den Beinen durch, ´ner älteren Frau knapp am Oberschenkel vorbei und schlug am Kellereingang zum Onkel Otto ein. Die beiden von uns sind bei den Schüssen abgehauen, die Bullen dann auch. Erstmal waren wir und die Nachbarn die die Szene gesehen haben total fassungslos, das hier ´n Bulle ohne erkennbaren Grund, ohne vorherige Warnung, auf uns schießt. Wir haben die 4 Hülsen aufgesammelt, das eine Projektil gesucht und überlegt was wir tun, was das überhaupt war. Nachbarn haben die TAZ angerufen.

Knapp 2 Stunden später waren die Bullen samt mitgebrachter Presse wieder da. Diesmal knapp 200. Im Buwußtsein darüber, daß die Schüsse auf uns, im Kern ´n glatter Mordversuch, gegen uns gedreht werden müssen, haben sie diesen Einsatz gefahren.

Das schon seit eineinhalb Stunden geschlossene Otto wurde aufgebrochen. Knüppel, die uns zur Verteidigung gegen Faschistenüberfälle dienen, wurden aus Ecken gekramt und für die Presse vor´m Otto aufgestapelt.

Im Nachschlag gab´s dann die Propagandashow: "Welt" bis "TAZ" haben den Polizeibericht übernommen: Aus vier unvermummten wurden 15-20 Vermummte; Eisenstangen, Knüppel, Fahradketten, Steine und Stahlseile hinzugedichtet- ein Bulle, der um sein Leben kämpfte und natürlich die x-te Forderung nach sofortiger Räumung unserer Häuser. Selbst die "TAZ", die andere Informationen hatte, hat den Bullendreck genauso übernommen und damit zur "Wahrheit" verholfen - Dirksen hat uns dafür die 3. Kündigung geschickt.

Das Pack hat das Otto nach dem "SOG" durchsucht. Weil die Räumung nach dem Mietrecht für Sie schwer kalkulierbar und langwierig ist, schaffen sie sich mit Schüssen und ihren "Wahrheiten" selbst die Anlässe jetzt auch nach "SOG" in unsere Häuser einzudringen.

Auf ihren Rechtsstaat setzen sie noch einen drauf, indem sie eine reaktionäre Stimmung gegen uns schüren, mit der sie uns zum Freiwild machen wollen - für Bullen, Faschos und andere Durchgeknallte.

Wir sind hier ständig mit staatlicher Gewalt und Faschoangriffen konfrontiert - das ist hier Alltag. Z.B. im Mai die Räumung der Bauwagen mit 3000 Bullen, wo sie 15 Leuten die Wohnungen vernichtet haben, bis jetzt, wo sie auf uns geschossen haben.

Den Widerstand gegen ihre Projekte, ihre menschenvertreibende und -vernichtende Politik wollen sie plattmachen - in all seinen unterschiedlichen Formen und Mitteln. Dazu wird ihnen immer mehr jedes Mittel recht. Das ist ihre Seite.

Sie koppeln ihre Propaganda auch an das Teil mit Dirksen. Dirksen hat eins auf die Nase bekommen:

- weil er nicht nur Schreibtischtäter ist
- weil er uns rausschmeißen und unsere Häuser abreißen will
- weil er vorher in der SAGA- Rechtsabteilung zig Mietern gekündigt hat - weil er den Reichen und Yuppies den Weg ebnen soll und all sein Handeln menschenverachtend ist.

Das Dirksen auf´s Maul bekommen hat geht völlig in Ordnung, er hat´s verdient.

Was hier abgeht ist eben nicht verhältnislos. Wir versuchen uns hier durchzusetzen, mit unseren Erfahrungen und eben dem Alltag hier, der sicher noch anders ist als in anderen Vierteln.

Das hat Konsequenzen für unser gemeinsames Verhalten z.B. Bullen gegenüber. Wir haben uns dadurch eine militante Haltung zueigen gemacht, als eine Möglichkeit uns gegen ihre Gewaltstrukturen durchzusetzen;überhaupt durchsetzen zu können das wir hierbleiben. Und das wollen wir. Daran ändern die Schüsse auch nix.

Das ist unsere Seite.

Hafenstrasse, 30.07.89

Protokoll zum Treffen der"Radikalen Linken"
am 1. und 2. Juli 1989 in Frankfurt/Main

" GRÜNER SOZIALISIERUNGSKURS MIT PROMINENTEN GARNIERT UND NICHTINTEGRIERTEN ANGEREICHERT " (Anti-WAA-Büro)

- TeilnehmerInnen u.a.(ca. 100 Leute): Detlef zum Winkel (AK),Herrmann L.Gremliza (Konkret),Oliver Tolmein (Konkret),Linke Liste Frankfurt,Jan Kunert,Jutta Dittfurth,Dorothee (MdEP) und Alain Pieremont ,Siggi Fries(MdB,AL),Ellen Olms (AL),Jakob Moneta,Georg Füllberth(DKP),Manfred Zieran,Jens Scheer,Winfried Wolf (VSP),Gerd Armanski,Thomas Ebermann(GAL Hamburg),Monika Berberich,Angelika Beer, Werner Protte(Ökosozialist in der AL),Projekt Wochenzeitung,Autonome KommunistInnen Westberlin,Demokratische Sozialisten,express Redaktion,Revolutionäre Sozialisten Westberlin,Kommonistischer Bund,atom Redaktion,SDAJ (Erneuererflügel),Anti-WAA-Büro München,Autonome Frankfurt (nicht lupus),MLPD,Achim Bender (BI Startbahn West),.........
- Trampert/Ebermann hatten den Auftrag übernommen,aus der Diskussion in HH am 15. und 16.4 ein Papier zu machen,daß in etwa die Diskussion wiedergeben sollte und darüberhinaus einige Grundfragen ansprechen könnte.Dieses Papier liegt Euch vor.
- Ursprünglich war daran gedacht,eine Stunde lang eine Generaldebatte um diesen Text zu führen.Diese zog sich 6 Stunden lang hin,was unter anderem auf drei Dinge zurückzuführen ist: 1. Ebermann besteht auf der Formulierung einer "gemeinsamen Plattform",obwohl eine Vielzahl der Anwesenden (ca 100 Leute) dies für verfrüht hält bzw den Text gar nicht oder erst in FfM erhalten Hat.Der Begriff "Plattform" schien vielen zu bindend: gemeinsame "Diskussionsgrundlage" hätte vielen mehr ge legen und hat sich nachher auch durchgesetzt. 2. Insbesondere die Linke Liste in Frankfurt und das Anti-WAA-Büro aus München bemängeln die zu starke Orientierung auf Parteien (was nicht Grün,DKP,SPD ist,fällt heraus aus dem Papier).Sie kritisieren die orthodoxe Herangehensweise des Papiers und insbesondere ein Autonomer aus FfM,der keinesfalls lupus ist,streicht den Gegensatz von kollektiver Selbstorganisierung und Parteiorientierung heraus.In dem Papier würde weder die Linke als Subjekt dargestellt,noch auf unterschiedliches Politikverständnis und unterschiedliche politische Praxis hingewiesen.Eine Orientierung an politischen Eliten wird kritisiert. 3. Ein weiteresProblem in diesem Zusammenhang war auch das gegenseitige Mißtrauen.So ist häufig der Befürchtung einer neuen Parteigründungsabsicht ausdruck gegeben worden,wobei mensch dann bei einer "Plattform" dann auch gleich fürchtete er trage dabei dann Mitverantwortung.Hätten alle das Papier rechtzeitig lesen können,hätte diese Desorientierung wahrscheinlich verhindert werden können.
- Manfred Zieran,den ich eigentlich weniger schätze,faßteso zusammen: Es ginge ihm Es ginge ihm zunächst um einen Diskussioszusammenhang liks von denGrünen,er habe mit so einem Kreis Interventionsinteressen,wolle aber keine neue Partei,keine neue Organisation jetzt aus der Taufe heben;dies sei noch alles offen.
- Das Papier wird jetzt um folgende Punkte ergänzt;Jedenfalls soweit das möglich ist: Ökologie (Zusammenhang: Euthanasie),Feminismus (Patriachat,feministische Kapitalismusanalyse-Ergebnisse),Grundfragen zur Ökonomie und Krisensituation des Kapitalismus,Gewerkschaftsdiskussion,Repression als Element des modernisierten Kapitalismus,unterschiedliches Politikverständnis (Basisorientierung,kollektive Selbstorganisierung),Militanzdiskussion, "Dritte Welt".
- Alle Gruppen sind gebeten,etwaige Erweiterungsvorschläge anzumelden.Ich fürchte,es wird ein Buch werden.Die undankbare Aufgabe,daraus einen einheitlichen Text zu machen,haben übernommen: Gremliza,Fülberth,Trampert/Ebermann,Marianne/Silke ("Grüne Radikalfeministinnen";kenne ich nicht) sowie evtl.K.H.Roth,der allerdings in FfM nicht dabei war. Außerdemdabei und gleichzeitig Kontaktadresse: Lan Kuhnert Denkmalsweg 6,6306 Langgöns 5.Einsendeschluß: 31.Juli 89. Die Redaktionstreffen sind allerdings erst Mitte und Ende August,so daß Interessierte sicher eine Woche mehr Zeit haben werden.
- Die anschließend an die Generaldebatte vorgesehene Detailauseinandersetzung wurde nur sporadisch angenommen,letztlichdann auf o.g. Adresse und Beteiligte deligiert.
- HUNDERSTREIK-AUSWERTUNG
- Die in HH verabschiedete Erklärung des Kreises der "Radikalen Linken" (eine Bezeichnung,der dieser Kreis (noch?) nicht gerechtwied) sollte weiter verfolgt werden.Die Vorstellung war dabei,sie Gefangenen in die Diskussionen miteinzubeziehen,die hiergeführt werden.Ein Interesse,das die Gefangenen selbst formuliert

haben.Entsprechend sollte ein Brief an die Gefangenen geschrieben werden.Auch der liegt vor,allerdings heir nicht anbei.

- Betont wurde das Festhalten an der Forderung nach freier Kommunikation und den Schritten aus diesem Kreis dazu als wichtiges Element.Ebenso die Zusammenlegungsforderung und die Freilassung der Haftunfähigen.Zu den Gemeinsamkeiten heißt es: "Bei allen unterschiedlichen Entwicklungen und grundsätzlichenDifferenzen, die Ursache für die so verschiedenen Wege,die seitdem gegangen wurden,sind,ist das gemeinsame Ziel geblieben: eine Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse hier zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft." Und davor: "Wir wollen diese Diskussion nicht um ihrer selbst willen,sondern weildie Erfahrung der Leute,die in den bewaffnet kämpfenden Gruppen waren,für den jetzt angestoßenen Prozeß für uns genauso ein Stück Geschichte und Erfahrung der westdeutschen Linken bedeuten,wie die Erfahrungen der Linken,die in den Gewerkschaften aktiv sind, die in die Grünen gegangen sind,um dort radikale Politik zu machen,die kommunistische Organisationen gegründet haben,manchmal sogar darin geblieben sind oder die in sozialen Bewegungen arbeiten.Manche von uns,das hat sich in der zweistündigenDiskussion herausgestellt,haben mit Euch auch ein Stück konkreter gemeinsamer Geschichte,waren z.B. in der gleichen Organisation aktiv!"



Seit dem 17.7.89 ist unser Freund und Genosse Burkhard im U-Knast in Hamburg in einem unbefristeten Hungerstreik.
Er setzt diesen Hungerstreik als sein einziges zur Verfügung stehendes Mittel ein um mit uns gemeinsam die Vollstreckung der 7 Todesurteile vom 19.7. in der faschistischen Türkei abzuwenden und die Freiheit der 384, zur Zeit zu lebenslanger Haft verurteilten GenossInnen aus dem antifaschistischen und antiimperialisti- Widerstand zu erkämpfen.
Burkhard solidarisiert sich mit den 190 Gefangenen aus dem Widerstand in der Türkei, die seit Anfang Juli im Hungerstreik sind.

Burkhard unterstützt mit seinem Hungerstreik, die am 17.7.89 beantragte Berufung für die "14 von Uptington" in Südafrika.

Burkhard solidarisiert sich mit den Forderungen der seit 96 Tagen im Hungerstreik befindlichen GenossInnen von Action Directe

Burkhard fordert die sofortige Freilassung aller fortschrittlichen Haftunfähigen Gefangenen in der BRD und in W-Berlin, die Zuammenlegung aller politischen Gefangenen in 1-2 grosse Gruppen und als einen Schritt in diese Richtung, die Zusammenlegung von Renate, Selahatinn, Luitgard, Christof, Fritz und Ihm in eine intersaktionsfähige Gruppe.

Burkhard verlangt die Einstellung aller Verfahren die mit den Hausdurchsuchungen am 15.06.1989 gegen ihn und 5 weitere Antifaschistinnen eingeleitet worden sind und die sofortige Freilassung von Renate und Ihm aus der Untersuchungshaft.

Burkhards Hungerstreik richtet sich weiter gegen die Haftbedingungen in der U-Haftanstalt Hamburg und der Frauenhaftanstalt. Er richtet sich gegen die menschenverachtende Vorführung der inhaftierten Frauen vor den Männertrakten. Er wendet sich gegen die schikanöse Behandlung von "Isolationsgefangenen", denen kein "normaler" Hofgang gewährt wird, deren Post, selbst an die AnwältInnen regelmäßig kontrolliert wird und denen der "normale" Umgang mit der Bücherei verwehrt wird. Er wehrt sich dagegen, daß seine Anträge und Beschwerden an den zuständigen Richter nur noch zu einem kleinen Teil bearbeitet werden.

Zusammenlegung

§ 129a-Verfahren eingestellt

taz. Die drei Ermittlungsverfahren wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" (Paragraph 129a Strafgesetzbuch) gegen Träger von Transparenten mit der Forderung „Zusammenlegung der politischen Gefangenen" sind wegen „mangelnden öffentlichen Interesses" eingestellt worden. Das teilte Oberstaatsanwalt Rüdiger Bagger der taz mit. Die Verfahren waren gegen Zuschauer des Storim-Prozesses von Generalbundesanwalt Kurt Rebmann eingeleitet und dann an die Hamburger Staatsanwaltschaft abgegeben worden. Bagger betonte, daß in Hamburg das Tragen von solchen Transparenten grundsätzlich nicht angeklagt werde, um nicht den Paragraph 129a „lächerlich zu machen." Für die Hamburger Ankläger sei dies ein Bagatelldelikt.

Unsere ganze Liebe und Kraft den kämpfenden Gefangenen!
FreundInnen und GenossInnen von Burkhard und Renate

flens

◆ **Die Flensburger Brauerei** soll im Europawahlkampf die REPs und die DVU mit Spenden unterstützt haben: Darum: Nie wieder Faschismus - nie wieder Flens: DIE GRÜNEN FL

schreib doch mal wer an die Grünen um genauere Infos darüber zu kriegen, schließlich verkaufen einige Scenekneipen das Bier ja auch, mal abgesehen von unseren eigenen Privatkäufen.

Das Eternit-Imperium

Folgendes ist aus dem schweizer (berner) Infoheft Megaphon, die wiederrum haben es aus dem Buch "Eternit: Asbest und Profit- ein Konzern verseucht die Umwelt", es ist allerdings zusammengekürzt und als Ergänzung zum letzte Woche erschienenen Artikel gedacht.

"Ich gehe davon aus, dass es die freie Marktwirtshcaft ist, die den Menschen die meisten Möglichkeiten bietet, die Lebensqualität zu verwirklichen, nach der er trachtet." Stefan Schmidheiny, 1975

Eternit, der Informationsriese, mit hervorragenden Publikationen (Eternit und "Amiante-Ciment") für Architekten und Baufachleute und sorgfältig gestalteten Prospekten, Heften etc.. Über dieeigenen Geschäfte oder Probleme werden keine Informationen geliefert. "Eternit, das Asbestzement-Imperium ist ohne Zweifel eine der verschwiegensten Familien-Multinationalen der Schweiz und der ganzen Welt. Geleitet von der Familie Schmidhieny veröffentlicht sie weder Bilanzen noch Jahresberichte noch Listen von Tochtergesellschaften oder Beteiligungen." (Tribune-le-Matin, 1983) Über Gewinnung von Asbest, Produktion oder Abfallbeseitigung ist nichts bekannt, über Asbestgefahr reden sie erst 40 Jahre nach Einführung der ersten Grenzwerte, die die Faserkonzentration in der Luft begrenzte. Eternit, der Desinformationsriese.

Was ist Eternit? Es ist einer der 6 größten Asbstkonzerne auf der Welt und möglicherweise der größte Asbestzementkonzern. Eternit ist eines der Unternehmen der Familie Schmidheiny mit offiziell 10 weltweiten Filialen, mit jeweils ca. 500 Beschäftigten. Es gibt aber wesentlich mehr Firmen weltweit, die unter diesem Namen produzieren, verkaufen und mit Eternit verbunden sind. Genauere Verbindungen sind nicht bekannt, sicher ist, daß über 10 Firmen von Ingenieuren aus Niederurnen (Hauptsitz) geleitet werden.

Aufgrund der hohen Transportkosten muß die Produktion von Asbestzement national/regional gesichert werden, Hauptinteresse ist daher die Kontrolle der benötigten Ausgangsstoffe: Zement und Asbest, die Rohstoffversorgung muß gesichert sein. Der Name ist weltweit geschützt, die kapitalmässigen Verflechtungen der einzelnen nationalen Firmen sind nicht bekannt. Sie stehen aber nicht in Konkurrenz miteinander, sondern tauschen Know-How und Forschungsergebnisse aus. Die weiterentwikkelten Folgeprodukte und Produktionsverfahren sind ebenso geschützt, dadurch sichern sich die Eternitgesellschaften ihre starke Stellung. Auch wenn nicht von einem Konzern geredet werden kann, sind die Auswirkungen auf den Markt dieselben. Die Fäden eines weltumspannenden Konglomerats laufen im Hauptwerk in Niederurnen zusammen, Forschung und Entwicklung wird dort zentral koordiniert und es besteht Kontakt mit allen Werken. Schweizer sitzen auch heute noch oft in der Leitung ausländischer Eternitkonzerne, in der Schweiz wurden neue, weltweit patentierte Eternitprodukte entwickelt. Der schweizer Hauptkonzern ist an der größten europäischen Eternit beteiligt, der Deutschen mit 20-30% und an der Belgischen mit 15%. Wie alle größeren Asbestkonzerne besitzt er Anteile an Minen, in Kanda und Italien, nachdem`81 die in Simbabwe geschloßen wurde und in Südafrika verkauft wurde. Als einziger Hersteller von Asbestzement hat der Konzern nur Konkurrenz durch Produkte ohne Asbestzement. Diese werden durch aufwendige Propaganda vom Markt vertrieben, wie traditionelle Baumaterialien Ton und Schiefer, oder kurzerhand aufgekauft, so geschehen mit der Erfinder- und Herstellerfirma von Holzzement der Durisol AG. Die Kartellkomission hat sich auch zweimal mit dem Schmidheiny-Imperium befasst bislang, aber das ist eh eine Farce, das kennen wir ja von hier.

Aufstand der Spießer

Wir wollten die Diskussion um die REPS nicht mit der Auseinandersetzung um die Geschehnisse vor der Hasenheide ausklingen lassen.Die folgenden vier Seiten sind aus der Broschüre " AUFSTAND DER SPIEßER,Rechtsradikale Wahlerfolge und ihre Ursachen ".Die ist gelegentlich in Berlin für vier DM zu haben und ist ein Produkt des Bundes Kämpfender Antifaschisten. Wir haben ein paar interessante Thesen rausgepickt,die vielleicht eine Diskussion anleiern!

Marschieren die faschistischen Horden?

Wer aber begeistert sich für diese Parolen und wählt diese „Patrioten"? Und wie ist diese Renaissance des Rechtsradikalismus einzuschätzen? Ist, „was jetzt sein häßliches Haupt in Westberlin hochreckt: die Gefahr des Neofaschismus" (UZ 31. 1. '89), wie die DKP schockiert ausrief? Dies erscheint um so verwunderlicher, da die DKP noch zwei Tage zuvor auf der Bremer Antifa-Konferenz die Republikaner als unbedeutende und nicht-rechtsradikale konservative mit allen Mitteln aus der Aktionsresolution heraushalten und vor antifaschistischen Aktionen bewahren wollte. Stimmt es, „daß einer deutlichen Mehrheit der Wähler von Republikanern und NPD der im obigen Sinn faschistische Charakter dieser Parteien bewußt ist und daß sie sie gerade darum wählt. Alle Erklärungsversuche, die faschistischen Wahlerfolge als ‚Protestwahl' zu werten, . . . zu kurz" greifen (SoZ 16. 3. '89), wir mithin – wie die VSP meint – vor einem „faschistischen Sammlungs- und Formierungsprozeß" (SoZ 2. 2. '89) stehen? Oder müssen wir die Warnung des Volker Hauff (SPD) beherzigen, „die Wähler der Rechtsradikalen (nicht) mit deren Funktionären zu verwechseln" und mit Hauff „Verständnis dafür (haben), wenn in ausweglos erscheinenden Situationen beunruhigt Zuflucht zu einfachen Formeln und aggressivem Verhalten gesucht wird" (SZ 24. 4. '89)?

Mitnichten! Eine *faschistische* Massenbewegung gibt es nicht und sie formiert sich auch nicht! Als neofaschistische Parteien sind NPD und DVU zwar ganz bzw. in ihrem Kern anzusehen – die REP hingegen nicht, auch wenn sie auf Mitglieder- und Funktionärsebene mit zahlreichen ehemaligen Mitgliedern oder Funktionären faschistischer Organisationen durchsetzt sind. Diese Vergangenheit einer Minorität ihrer Mitglieder bedeutet nicht aus sich heraus bereits ein Urteil über den Charakter der REP. Entscheidend ist vielmehr, was dieser Fakt im dialektischen Zusammenhang mit der Vergangneheit der übrigen Mitglieder, der historischen Situation, ihren Erfordernissen und vorherrschenden Ideen für die Programmatik, Propaganda und praktische Politik der Partei konkret bedeutet?!

Alle drei Vereine vertreten nämlich in Programm und Propaganda (zu praktischer Politik ist es bisher nur wenig gekommen) ein rechtspopulistisches Ideologie- und Parolengemisch, das sich durchaus noch im Rahmen bürgerlicher Demokratie bewegt. Bürgerliche Demokratie und Parlamentarismus bedeuten nämlich durchaus nicht die Idylle, die sich viele gern darunter vorstellen, und können sich auch wesentlich autoritärer präsentieren als heutzutage. Eine faschistische Diktatur hingegen würde die Beseitigung bzw. Ausschaltung jeglicher Form von Demokratie und Parlamentarismus sowie ihrer organisatorischen Grundlagen bedeuten, wie etwa Demonstrations-, Organisations-, Presse-, Streikfreiheit etc., und nicht nur deren Beschneidung. Es würde weiterhin ihre Ersetzung durch die Verselbständigung der Regierung und des Staatsapparates gegenüber der Legislative (Parlament), die Übernahme, Beherrschung und Absicherung der Exekutive durch eine faschistische Partei, Miliz und Massenbewegung und deren offen terroristische Diktatur im sozialen Interesse der Bourgeoisie aber bei gleichzeitiger Entmachtung und Zerstreuung ihrer politischen Vertreter bedeuten. Dazu bedarf es wiederum einer faschistischen Ideologie, die als festgefügtes Gedankengebäude die konterrevolutionäre Zielsetzung mittels biologistischem, nationalistischem Weltbild (zentrale Bedeutung von Erbmaterial, ‚Rasse" und Volkszugehörigkeit für die Beantwortung jeder Sachfrage) und sozialer Demagogie gegen den Kapitalismus begründet, einen „nationalen Sozialismus" mit Führerstaat, den Prinzipien von Befehl und Gehorsam usw. errichten will und damit den faschistischen Kadern festen Zusammenhalt und strategische Orientierung ermöglicht.

Für soetwas kann sich hier und heute aber kaum jemand begeistern, dazu gibt es keine wirtschaftliche Krise, die massenhaft existenzielle Bedrohung schafft, völlige soziale und politische Perspektivlosigkeit und nur (noch) gering verankertes demokratisches Denken. Die heutige Situation ist zwar auch von politischer Desillusionierung, einem ideologischen Vakuum, sozialer Umverteilung zugunsten der Reichen, schleichendem sozialen Niedergang für eine Minderheit und weitverbreiteten Verunsicherungen und Zukunftsängsten geprägt, das wird aber bei der überwiegenden Mehrheit durch steigenden Lebensstandard + Konsum, Privatisierung und Orientierung auf individuelles Fortkommen überbrückt, während die Minderheit von dem noch immer *relativ* haltbaren sozialen Netz vor der absoluten Verelendung bewahrt wird.

Solange diese Situation andauert, wird auch der rechtsradikale Protest Protest bleiben. D. h. ohne ideologische Stringenz und strategische Ziele, die grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem System scheuend, sich auf quantitative und punktuelle reaktionäre Veränderungen konzentrieren. Und genau das läßt sich mit einer rechtspopulistischen Demagogie, die keine Ideologie oder Strategie ist und keine innere Logik hat, sondern die jeweils aktuellen Rülpser des „gemeinen Menschenverstandes" aufnimmt und als Meinung „des Volkes" gegen die „korrupten Mächtigen" propagiert, am besten vertreten.

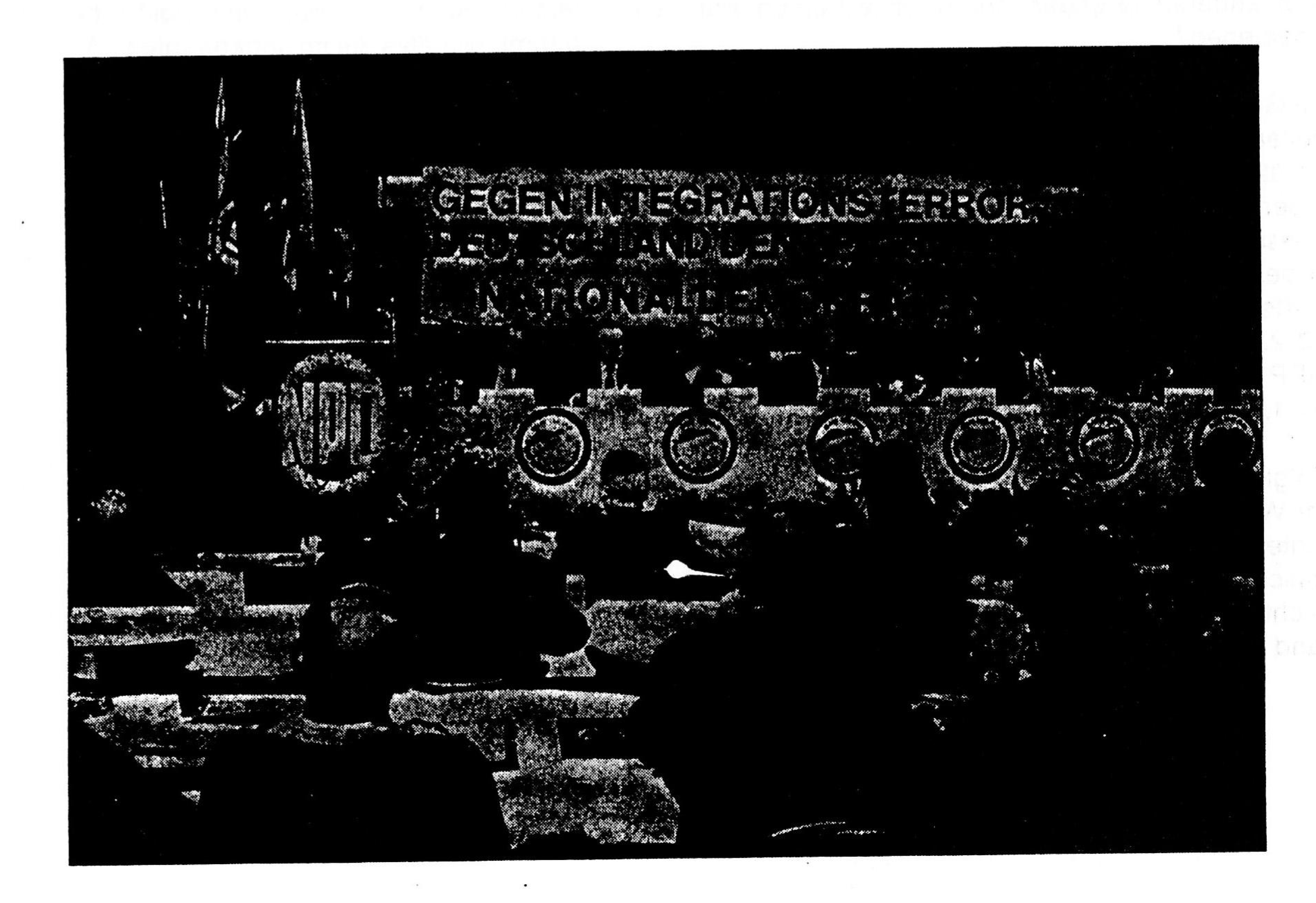
Die REP haben dabei den Vorteil, ein Produkt dieser historischen Situation und ihrer Auswirkungen am rechten Rand zu sein und *als Partei* noch nie weitergedacht zu haben. Sie sind dadurch grundsätzlich ihr ehrlichster und originärster Ausdruck, während DVU und NPD die faschistische Gesinnung der *Mehrheit ihrer Kader* mühsam in Übereinstimmung mit der Stimmung im rechtsradikalen Protestpotential bringen müssen. Das macht sie etwas weniger glaubwürdig als die REP, auch wenn sie dank ihrer staatlich-regulativen Wirtschaftskonzeption (gegenüber der deregulativen / ultra-liberalen der REP) und ihrer schärferen sozialen Demagogie normalerweise bei rückständigen Arbeiter- und SPD-Wählern besser ankommen.

Verständnis für Nationalismus, Rassismus, Law and Order-Denken und die verwirrten Spießbürger, die damit umsichschlagen, ist deshalb noch lange nicht angebracht. Im Gegenteil, diese spießbürgerlichen Aggressionen bleiben ja keineswegs folgenlos! Nur wenn man keinerlei Verständnis dafür hat und die dahinterstehenden Ursachen und Prozesse sowie das Ausmaß der Verblendung erkennen und richtig einschätzen kann, kann man sie auch angemessen politisch und ideologisch angreifen und dagegenagitieren, den Opportunismus z. B. der SPD-Führer bloßstellen, die sich dieser reaktionären Stimmung und Stimmungsmache teilweise anbiedern bzw. sich daran beteiligen (Glotz, Hiersemann, Schöfberger, Lafontaine . . .), und beides an den Wurzeln (kapitalistische Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse, kleinbürgerliche Borniertheit . . .) wie in den Auswirkungen entschieden und erfolgreich bekämpfen. Nur wer den Gegener kennt / kennen will, kann ihn schlagen! Wer ihn verwechselt, kämpft gegen Windmühlen oder Pappkameraden! Denn: „In der Tat ist eine Form der Überschätzung des Gegners, die Unterschätzung seiner innneren Widersprüche." (Nicos Poulantzas) Andererseits – und das zielt auf Hauff und die SPD- und DGB-Führung – ist die wichtigste Form der Verharmlosung des Gegners, die gezielte Übertreibung seiner innere Widersprüche! Eine Analyse vom revolutionären Standpunkt muß sich auf dem schmalen Grad zwischem beidem bewegen, differenziert, realistisch und radikal sein, um das die Sache auf den Punkt zu bringen und dem Übel an die Wurzel zu gehen!

Die Gefahr, die von REP, DVU und NPD aktuell und auch mittelfristig ausgeht, ist *nicht* die Gefahr eines faschistischen Umsturzes und neuen KZ-Staates, sondern die ausländerfeindliche bis rassistische und allgemein reaktionäre Verblendung einer beachtlichen Minderheit sozial an den Rand Gedrängter (Marginalisierter), Spaltung der Jugend wie der Arbeiterklasse an idiotischen Frontlinien („Deutscher oder Nicht-Deutscher?") und die Schwächung ihrer – potentiellen – Kampfkraft.

Weiterhin liegt die Gefahr in der Herausbildung einer reaktionären, außerparlamentarischen Bewegung als Pressure-group für verschärfte Repression, Antikommunismus, Rassismus, Militarismus, Frauenfeindlichkeit . . . und entsprechende Konterreformen – sofern das Kapital zu entsprechenden Zugeständnissen bereit und sie mit seinem Modernisierungs- und Europäisierungsprogramm vereinbar sind (was selten genug der Fall sein wird!) – sowie zur Erpressung der sozialen Bewegungen („Solche Forderungen und Aktionen nützen nur den Republikanern/DVU . . ."), wenn diese sich erpressen lassen!

Diese reaktionäre Pressure-group *könnte* – und das ist die langfristige Gefahr – bei krasser Verschlechterung der ökonomischen Situation, Verarmung breiter Kreise, politischer Wirkungslosigkeit der radikalen Linken und tiefgreifenden internen Umbrüchen *langfristig* zur Keimzelle einer neuen faschistischen Massenbewegung werden, die dann natürlich eine überaus komfortable Ausgangsbedingung hätte.



Die tatsächlichen Kapitalinteressen und die Anforderungen an die antifaschistische Politik der revolutionären Linken

Statt das zu erkennen und auszusprechen, die realen Kapitalinteressen und den „modernen" Zeitgeist vom sozialistischen – besser noch: vom revolutionären – Standpunkt aus zu kritisieren und auf *dieser* Grundlage die rechtsradikale Protestbewegung anzugreifen, wird fröhlich ins Blaue hinein phantasiert oder Phrasendrescherei betrieben. Die Volksfront (!) meint z. B.: „Die neue Form des Faschismus kommt auf leisen Sohlen aus den vollklimatisierten Konzernzentralen." Und: „Die konkreten Interessen des Finanzkapitals, wie sie Konservative und Regierung zu realisieren versuchen, entsprechen immer mehr der Ideologie und Politik der offenen Faschisten." (Entschließung des 5. ordentlichen Bundeskongresses vom 21./22. 11. '87, S. 4 + S. 7) DKP-Präsidiumsmitglied Kurt Bachmann in der UZ: „Offenbar halten die in Bonn Herrschenden – wie beim Skatspiel – eine Karte, eben die erzkonservative bis neofaschistische, für ihre unausgesprochenen Zukunftspläne in der Hinterhand. Vielleicht beim europäischen Binnenmarkt oder noch bei weitergehenden strategischen Zielen." (UZ 3. 2. '89) Und die autonome „Antifa West-Berlin" ruft zum „Kampf gegen den bürgerlichen Staat und das Kapital, die sich der faschistischen Organisationen zur Aufrechterhaltung ihrer Macht bedienen". (Flugblatt „Gegen Faschismus, Staat und Kapital" von Ende 1988)

Zwar können faschistische Organisationen in einer existenziellen Systemkrise und bei schweren politischen Fehlern der Linken eine Herrschaftsreserve für das Kapital sein – aber nur als eigenständige, eigendynamische politische Kraft, die nicht von irgendwelchen Drahtziehern aus der Bourgeoisie wie eine tote Maschine bedient wird, sondern die Bourgeoisie unter deren Mithilfe politisch entmachtet, um sie sozial zu schützen. Heute gibt es aber weder eine Bedrohung für die Macht des Kapitals, noch will oder muß es sich aus anderen Gründen der rechtsextremen Parteien „bedienen".

Im Gegenteil! Das Kapital macht bereits in den Schlagzeilen seiner Presseorgane deutlich, was es von den Vorstellungen dieser Parteien hält: „Ausländer – Von Überfremdung keine Rede" (iwd 5/89, 2. 2. '89), „Spätaussiedler – Ein Gewinn für die Bundesrepublik" (Der Arbeitgeber 4/89, S. 135), „Einwanderer: Motor für die Wirtschaft. Ausländer rein!" (Wirtschaftswoche 10. 2. '89). Wirtschaftspolitische Vorstellungen der REP? „Wahnvorstellungen" (FAZ-Wirtschaftsteil 31. 1. '89).

Folglich wird kritisiert, daß „manche Unionspolitiker ihr Wahlheil in einer populistischen Politik gegen Asylanten, Ausländer und Einwanderer" suchen. „Ökonomische Sachverhalte geraten dabei schnell außer Sicht: Längst ist die Bundesrepublik Einwanderungsland – und Fabriken, Sozialversicherung, Büros und Labors werden in Zukunft sogar noch stärker auf ausländische Arbeitnehmer angewiesen sein. ... Im gesamten Zentraleuropa gehen die Geburtenzahlen zurück, überall schrumpft und vergreist die Bevölkerung. Damit aber wird es in den nächsten Jahren europaweit zum Wettbewerb um junge leistungsfähige Arbeitnehmer kommen." Entsprechend ist auch die Kritik der Vordenker des Kapitals am bestehenden Ausländerrecht: „Das Ausländerrecht wird bereits jetzt scharf angewandt, mit nachteiligen Folgen für die deutsche Wirtschaft." (Wirtschaftswoche 10. 2. '89)

Auch für Heim- und Herd-Ideologien können sich die führenden Kapitalvertreter nicht erwärmen. Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Tyll Necker, sieht „die Frauen-Erwerbsquote in der Bundesrepublik als noch zu gering" an (SZ 15. 9. '89). Und daß sich die Positionen von Kapital und Rechtsextremen zur EG und zum Binnenmarkt diametral widersprechen, dürfte allgemein bekannt sein.

Fazit: Auch das – mehrheitlich in CDU und CSU organisierte – Finanz-, Industrie- und Großhandelskapital gehört zum „anständigen Teil der CDU/CSU", für den sich GRÜNE, Jusos, DKP, VVN, IGM-Jugend, Aktion Sühnezeichen etc. so begeistern! Warum auch nicht? Schließlich ist es jeweils so „anständig", wie es die Auspressung von Arbeitern und Arbeiterinnen erforderlich macht!

Es gibt zwei Arten, aus dieser falschen Analyse falsche Konsequenzen zu ziehen: Die eine Art ist es, die große Zahl von „Anständigen" in der Union und in der Bourgeoisie für einen Erfolg der eigenen Politik zu halten (nach anfänglicher Nicht-Wahrnehmung und Schwarzmalerei), mit denselben stumpfen Waffen weiterzukämpfen, diesen scheinbaren Einbruch in die Reihen des Gegners durch Zugehen auf „den anständigen Teil" und Bündnisse mit ihm noch „vertiefen" zu wollen, womit man sich in Wirklichkeit – denn die gibts ja auch – nur noch mehr zum Wasserträger des Kapitals degradiert, sein „Reformprogramm" durchsetzen hilft und der antifaschistischen Bewegung den letzten Rest an Inhalt und politischen Widerstand nimmt, wie dies die im sogenannten „Arbeitsausschuß gegen Neofaschismus und Rassismus" vereinigten GRÜNEN, Jusos, DKP, VVN usw. unter dem individualistischen, nur noch moralischen, zahnlosen und auf privaten Konsum orientierenden Motto „Leben und lieben, dem Haß keine Chance!" weidlich geschieht. Leben und leben lassen – Yuppies und Kapital haben Grund zur Freude, während die sozial Bedrohten und an den Rand Gedrängten sich nur verarscht vorkommen können!

Die andere Variante ist der Glaube, von einem besonders linken und radikalen Standpunkt aus das Kapital an einem ganz zentralen Punkt zu entlarven und zu schlagen. Tatsächlich aber werden nur Illusionen, Verwirrung und Resignation (wenn sich die Realität geistig Bahn bricht) verbreitet und bloß ein Gegner in Schach gehalten (die rechtsradikale Protestbewegung), der dem Kapital selbst hinderlich ist, ohne

durch das Aufzeigen *der realen* Beziehung zwischen beiden wirklich zur Politisierung der antifaschistischen Bewegung beizutragen. Und *ohne* durch eine Kritik vom sozialistischen Standpunkt aus, die ökonomische Modernisierungsstrategie des Kapitals (Auflösung der Nationalismen zugunsten der EG, Flexibilisierung etc.) und ihre gesellschaftspolitische Ergänzung durch liberale, sozialdemokratische und grün-alternative Konzepte und Ideologien („multi-kulturelle Gesellschaft", „Chancengleichheit", „Menschheitsfragen statt Klassenfragen", Modernisierung des Patriachats durch „Quotierung", Individualismus, Hedonismus ...) angreifen, den Interessen des Kapitals wirklich schaden und eine Radikalisierung der fortgeschrittensten Teile der Bewegung bewirken zu können, wie das bei den Kollegen Autonomen leider zumeist üblich ist!

Ziel muß es sein, Rechtsradikalismus, Neofaschismus, Rassismus usw. wirklich effektiv zu bekämpfen und diesen Symptomen an die Wurzel zu gehen, um sie mit Stumpf und Stiel auszurotten, ohne dabei die herrschende Klasse und ihre aktuellen Interessen und Pläne aus dem Auge zu verlieren. Wenn das gelingt, können wir über den antifaschistischen Kampf zu einer größeren politischen Klarheit, Desillusionierung in bezug auf reformistische Ideen und Orientierung auf revolutionäre Veränderungen kommen.

Dazu muß nachgewiesen werden, daß Rechtsradikale und Kapital derzeit unterschiedliche, sich grundlegend widersprechende Konzepte verfolgen, daß aber beide keineswegs auf Befreiung aus, sondern jeweils auf ihre Art menschenverachtend – weil pro-kapitalistisch – und gegen unsere Interessen als Lohnabhängige oder zukünftige Lohnabhängige gerichtet sind. Die Deregulierungs-, Rationalisierungs- und Flexibilisierungspolitik des Kapitals bzw. ihr Profitinteresse generell bringt die Unsicherheit und den sozialen Niedergang hervor, den wir spüren und der – wider Willen – auch die rechtsradikale Mobilisierung erzeugt, die dem Kapital dann wieder im Weg steht.

Eine Lösung dieser Misere kann es deshalb nur durch den gemeinsamen konsequenten Kampf – materiell und ideologisch – gegen das Kapitalprogramm und für die Interessen der Arbeiterklasse, der übrigen Lohnabhängigen und der Marginalisierten geben. *Begleitend dazu*, insbesondere um die Aktions- und Diskussionsmöglichkeit für linke Politik zu gewährleisten, die ideologische Verblendung zu bekämpfen und die Reaktion in der (strategischen) Defensive zu halten, bedarf es der ebenso kompromißlosen Entlarvung und Widerlegung ihrer Parolen und Ideen, Unterbindung ihrer Propaganda und Bekämpfung ihrer Organisationsansätze. Aber auch der politisch-theoretischen Widerlegung und praktischen Entlarvung der bürgerlich-reformistischen Ideologien und Rezepte, die von GRÜNEN, Jusos, DKP, VVN usw. unter ihrem Motto „Leben und lieben, dem Haß keine Chance!" dagegengesetzt werden.

Das alles mit der strategischen Perspektive des gewaltsamen Umsturzes aller bisherigen Gesellschaftsordnung und der Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft, in der die Maxime gilt: Jeder nach seinen Fähigkeiten! Jedem nach seinen Bedürfnissen!



Presseerklärung / Solidartätsadresse

an Feyka Kurdistan, Kurdistan Komitee, Dev Genc, Tayad, Angehörigen Info, SFBeat, Radio 1100, Wahrheit, TAZ, Volksblatt, Tagesspiegel, Interim

Heute, 3.8.89, befinden sich 280 kurdische und türkische Gefangene im Sondergefängnis Eskisehir/Türkei erneut den 38. Tag im Hungerstreik. Hier handelt es sich wie bei vielen Streiks zuvor um einen Hungerstreik gegen den Erlass vom 1. August. Dieser Erlass bedeutet für die Gefangenen den Zwang Einheitsgefängniskleidung zu tragen. Er verschärft die Bedingungen für Angehörigenbesuche. Post und Zeitschriften-Zensur wird angezogen, die Nahrungsmittelversorgung durch Angehörige soll faktisch unterbunden werden. Die Ankettung der Gefangenen bei ÄrztInnenbesuch und vor Gericht soll festgeschrieben werden.
Gegen diesen Erlass vom 1. August gab es bisher immer wieder Hungerstreiks und andere Widerstandsaktionen. Gefangene sind während diesen Aktionen gefallen oder unheilbar erkrankt.
Von Seiten der Junta mußten wegen der breiten Solidarisierung immer wieder Zusagen gemacht werden. Sofort nach den Streiks wurden sie aber in vielen Fällen wieder zurückgenohmen.
Der Streik jetzt entwickelte sich nach brutalem Vorgehen von Juntasoldaten und Gefängnispersonal nach Entdeckung eines Fluchttunnels am 22. Juni 1989.
Bei der schon geschwächten Allgemeinsituation der Gefangewen rechnen die Angehörigen ab ungefähr dem 40. Tag mit Toten. Aus Protest gegen Pranger und Anketten an Krankenbetten lehnen die Hungerstreikenden eine "Behandlung" in Krankenhäusern ab.
Gefangene in anderen Gefängnissen und Angehörige haben inzwischen mit Solidaritätsstreiks begonnen. In Ankara versuchte die Junta Solidaritätssprechchöre und Fausttrommeln auf armseligste Art mit Maschinenlärm zu übertönen.
Zynischerweise verlangt der faschistische Justizminister Sungurlu vor Verhandlungen den Abbruch des Streiks.
Um den Streik zu brechen wurden heute die Hungerstreikenden zwangsverlegt. Sie wurden auf verschiedene andere Knäste verteilt, um sie zu zersplittern. Die Begründung die Verlegung erfolge aus Gründen einer Knastrenovierung ist einfach lächerlich.

Gleichzeitig bereitet die faschistische Junta in Kurdistan ein Massaker vor, daß das Massaker des faschistischen Saddam-regimes im Halabje (5000 Tote) noch übertreffen soll. Im Gebiet des Cudi-Berges sollen tausende DorfbewohnerInnen zwangsevakuiert werden. Die Begründung hierfür ist eine Perversion an sich. Die Flächenbombardemends werden von der Junta offen angekündigt und "um die BewohnerInnen zu schützen" sollen sie weg. Sie sollen akzeptieren, daß ihre Dörfer und Weideflächen bei den Bombardements draufgehen. Treffen will man mit diesem Massaker die kurdische Guerilla ARGK. Die Dorfbevölkerung soll aus dem heißumkämpten Gebiet Botan vertrieben werden, um "dem Fisch das Wasser zu nehmen". Außerdem verspricht sich die Junta davon einen keil zwischen Guerilla und Volk treiben zu können. Diese Aktion plant die Junta weil ihr klar ist, daß sie ins Gebiet Botan faßt keinen Fuß mehr hineinbekommt. Sie kann der laufenden Guerilla-offensive "Alles für ein befreites Stück Land in Kurdistan" militärisch nur noch dieses Massaker entgegensetzen.
Die Antwort der Guerilla, Verstärkung der Aktionen, und der Bevölkerung, zehntausende im Streik, Straßenblockaden etc., begrüßen wir auf das schärfste.

Wir, das MieterInnen- und Häuserkampfplenum West-Berlin, Grüßen die hungerstreikenden Gefangenen in der Türkei.
Wir grüßen das kämpfende kurdische und türkische Volk.
SOLIDARITÄT MIT DEN HUNGERSTREIKENDEN! WEG MIT DEM 1. AUGUST-ERLASS!
ALLES FÜR EIN BEFREITES STÜCK LAND IN KURDISTAN!
SIEG DEM KURDISCHEN UND TÜRKISCHEN VOLK IM KAMPF UM BEFREIUNG!
HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!
GEMEINSAM DEN FASCHISMUS WELTWEIT ZU FALL BRINGEN!

MieterInnen- und Häuserkampfplenum
vom 3.8.89 West-Berlin

Massaker in Türkischen Gefängnissen

Türkische Armee bombardiert kurdische Dörfer

Deportationen der kurdischen Bevölkerung

In der Nacht vom 31.7. zum 1.8. sind die politischen Gefangenen aus der PKK Mehmet Yalcinkaya und Hüseyin Hüsnü Eroglu ermordet worden. Sie waren mit rund 300 anderen politischen Gefangenen ende Juni dieses Jahres in den Hungerstreik getreten. Dieser Hungerstreik richtet sich gegen die schleichende Wiedereinführung von Haftverschärfungen die am 1.August 1988 in Kraft traten, aber aufgrund erbitterten Widerstandes in den Gefängnissen teilweise wieder zurückgenommen wurden. Um den Widerstand der Gefangenen zu brechen, wurden die durch den wochenlangen Hungerstreik geschwächten Gefangenen in die Gefängnisse von Aydin und Nazilli deportiert. Durch den stundenlangen Transport in glühender Hitze und durch brutale Knüppeleinsätze der Polizei kamen die beiden obengenannten Gefangenen ums Leben und wurden zahlreiche andere Gefangene zum Teil schwer verletzt. Schon während des Hungerstreiks in Eskisehir hatten sich zahlreiche Gefangene und Angehörige mit eigenen Hungerstreiks solidarisiert. Nach der Ermordung schwoll die Zahl der Hungerstreikenden auf über 1500 an. Etwa 20 Gefangene liegen im Koma. Außerdem fanden in der Türkei aber auch in anderen Ländern zahlreiche Protestaktionen statt.

Zur gleichen Zeit erreichte der Terror der türkischen Armee und der Spezialeinheiten im Cudi-Gebirge im Botan Gebiet einen neuen Höhepunkt. Innerhalb weniger Wochen wurden mehrere Bauern und Hirten von den Sicherheitskräften ermordet, zahlreiche Dorfbewohner gefoltert und festgenommen. Die Bevölkerung mehrerer Dörfer, insgesamt über 5000 Menschen blockierten die Hauptstraße zwischen Şirnak und Cizre, um gegen ihre drohende Deportation zu protestieren. Hintergrund dieser Auseinandersetzungen sind die Aktivitäten der ARGK (Volksbefreiungsarmee Kurdistans) die seit einigen Monaten Teile dieses Gebiets kontrolliert. Die türkische Armee konzentriert starke Truppen in diesem Gebiet und versucht durch Deportationen der Guerilla den Boden zu entziehen. In diesem Zusammenhang ist bekannt geworden, daß die türkische Armee nach einer internen Dienstanweisung auch den Einsatz von Giftgas gegen die kurdische Bevölkerung plant.

Die türkische Regierung, die am 25.2.88 die europäische Antifolterkonvention und darüber hinaus im August des selben Jahres das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter ratifizierte, führt trotzdem systematische Menschenrechtsverletzungen und Folterungen als Staatspolitik gegen die Gefangenen und Zwiwilbevölkerung durch.

Die BRD beteiligt sich auf vielfältige Weise an dieser Politik des türkischen Regimes: Sie leistet umfangreiche Wirtschafts- und Militärhilfe an die Türkei, sorgt für die Modernisierung der türkischen Armee, bildet türkische Spezialeinheiten bei der GSG 9 aus. Außerdem betreibt sie die Kriminalisierung kurdischer Organisationen, die hier in der BRD den nationalen Befreiungskampf Kurdistans unterstützen.

Unterstützt die Solidaritätsdemonstration mit den Hungerstreikenden politischen Gefangenen in der Türkei und Kurdistan

Ort: Herrmannplatz Zeit: Freitag den 11.8.89 17Uhr

Unterstützer: FEYKA Kurdistan, , Volksfront,

V.i.S.d.P.:M.Blohm c/o GNN 1/62 Czeminskistr.5

TERMINE

Do 10.8. 19.00 Häuserkampf-MieterInnenplenum in der Nostizstr.49

Do,10.8.89, 21.30 "HUNGERSTREIK - ISOLATIONSHAFT" "23 STUNDEN"

Falckensteinstr. 46

Videowerkstatt Kanzlei, Zürich
Schweiz 1987, 11 Min.

Im Hochsicherheitstrakt in Regensdorf befindet sich Walter Stürm seit dem 10. März 1987 im unbefristetem Hungerstreik. Sein Gesundheitszustand verschlechtert sich von Tag zu Tag. Ein Hungerstreik wie Walter Stürm ihn macht, ist ein Kampf um Leben und Tod.
Ein Versuch, das Wort Isolation in Bild und Ton umzusetzen.

Ulrike Bratke, Christiane Heckes, Christian Hof.mann
BRD 1988, 57 Min.

Der U-Haftgefangene gilt vor dem Gesetz als unschuldig, dennoch wird er 23 Stunden allein in einer Zelle eingesperrt und darf höchstens alle 14 Tage für eine halbe Stunde Besuch erhalten.
Die U-Haftbedingungen sind bewußt härter geregelt als die der Strafhaft. Der U-Haftgefangene soll geständig gemacht werden und/oder auf eine Revision verzichten.
Sechs ehemalige U-Häftlinge, die eine Haftzeit von 14 Tagen bis zu über7 Jahren hinter sich haben, schildern die Bedingungen der U-Haft in West-Berlin. Die Männer werden in dem über 100 Jahre alten Gefängnis in Moabit in strenger Einzelhaft gehalten, während sich die Frauen in dem modernen und hochgesicherten Gefängnis in Plötzensee dem "therapeutischen" Wohnvollzug unterwerfen müssen.

Fr 11.8. 17.00 Demo zur Unterstützung der hungersreikenden Gefangenen in der Türkei und Kurdistan Treffpunkt Hermannplatz

20.00 Unsere Kraft gegen reaktionäres Handeln von Rot/Grün
Jetzt handeln wir:
Nach zwei Häuserkampf- und MieterInnen VV`s bereiten wir jetzt konkrete Aktionstage mit folgenden Themenvorschlägen vor,
- Spekulanten
- autonome Frauenorganisation
- "Deeskalation"
- Antifa
- PresseReaktion
- Stadtplanung
- Mieten/Leerstand

Klingt euch jetzt aktiv ein, bildet Aktionsgruppen!
Kommt heute in die Marchstraße zum Vorbereitungsplenum!!

So 13.8. 20.00 Film im EX: "Das Lied der Matrosen", ein DDR Spielfilm über den Matrosenaufstand in Kiel im Herbst 1918. der Film zeigt in klassischer Form Entstehung und Werdegang des Aufstands aber auch die Kämpfe der verschiedenen Ansätze. Die Notwendigkeit der Organisierung der Kämpfe zieht sich als Frage durch den Film und wird hier mit der Gründung der KPD beantwortet, womit dieser Film auch endet.

20.00 Informationsabend über Nicaragua im Blauen Salon/Mehringhof
Der Arzt Rodolfo Correa ist zur Zeit auf Europareise. Er möchte über sein Land, über die aktuelle wirtschaftliche Lage, die Kriegssituation im Norden Nicaraguas und auch über das Gesundheitswesen berichten. Dazu zeigt er auch Dias.

Mo 14.8. 19.00 Treffen der Autonomen AlkohlikerInnen Selbsthilfe im Heilehaus, Waldemarstr. 36, 1/36 ; mittwochs von 19.00-21.00 Beratung

Mi 16.8. 18.00 JobberInnenplenum im Drugstore

Do 17.8. 19.00 Häuserkampf-MieterInnenplenum in der Nostizstraße 49